

# Arbeiter-Zeitung

**Wahl**  
**KPD**  
Sobit für den  
Wahlfonds

**erschuldigt ist:**  
Erschuldigt ist: monatlich 45 Pf. ...  
Erschuldigt ist: monatlich 2,10 RM. ...  
Erschuldigt ist: monatlich 10 Pf. ...  
Erschuldigt ist: monatlich 12 Pf. ...  
Erschuldigt ist: monatlich 70 Pf. ...

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 500 24  
**Verlagsstelle:** Breslau 544, W-daltoni Breslau, Trebnitzer  
Str. 50, Tel. 230 02. Erscheinung der Redaktion von 12-13  
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:  
**Leipzig:** Werrstr. 26, Tel. 4085; **Oppeln:** Wabertstr. 11, Tel. 1804  
**Wettin:** Luth 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8-19 Uhr. Geschäftsstelle:  
Hauptverlagsort Breslau, Erscheinungsort Breslau. — Druck: Schöf. Ver-  
lagsanstalt, mbH, Bresl. — Druck: „Neubag“, Fil. Breslau, Trebnitz, Str. 50

## Rechnet ab mit euren Feinden! Führt den Kampf Klasse gegen Klasse

### Ein letzter Mahnruf an alle die darben und leiden in Deutschland

#### Werttätige in Stadt und Land!

**Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!**  
**Schaffende Bauern! Berarmerter Mittelstand!**

Das Massenelend schwilt an wie eine Lawine und droht alle Werttätigen in den Abgrund zu reißen.  
Heute schon: dreieinviertel Millionen Erwerbslose. Im Winter werden es fünf Millionen sein.  
Heute schon: eineinhalb Millionen Kurzarbeiter. Im Winter werden es drei Millionen sein.  
Heute schon: eine halbe Million Arbeitslose ohne jede Unterstützung. Im Winter werden es mehr als eine Million sein.  
Heute schon: viele Tausende Bauern und Mittelständler ruiniert. In diesem Winter werden Zehntausende dazu kommen.  
Im letzten Jahre wurden Hunderte Arbeiter von Faschisten und den Beauftragten der Gewerking, Waentig und Jörgiebel ermordet.  
Wenn es so weiter geht, werden es halb Tausende sein.  
Die Wirtschaftskrise wächst, verschärft durch den räuberischen Young-Plan. Die Schuldigen des verlorenen Krieges, die Schuldigen des niederträchtigen Versailler Friedens, die Schuldigen des Young-Planes und die Schuldigen des Young-Planes, die Schuldigen der Wirtschaftskrise, des Massenelends, des Steuerraubes, des Lohnabbaues —

#### Wer sind sie?

Schuldig an dem Elend des Volkes sind alle Nutznießer seines Elends, die ihre Kräfte füllen, während Millionen nicht wissen, wo sie ein Stück Brot hernehmen sollen.  
Schuldig sind die Kapitalisten, die Bank- und Trustherren, die Industriefürsten und Börsenspekulanten, die Handelsherren und die Großgrundbesitzer.  
Schuldig sind alle Parteien, die die Herrschaft dieser Volksausbeuter, ihr Eigentum, ihre Profite, ihren Raub an den werttätigen Massen, verteidigen.  
Schuldig sind alle, die seit 1918 in der Regierung saßen. Sie haben die Forderung der November-Revolution: Brot — Freiheit — Sozialismus — verraten.  
Sie haben viele der Besten der deutschen Arbeiterklasse niedergemetzelt und in die Zuchthäuser gemorfen.  
Jetzt steht ihr das Ergebnis von zwölf Jahren bürgerlicher Klassenherrschaft in der kapitalistischen Republik, von zwölf Jahren Koalitionsgemeinschaft der Sozialdemokratie mit den Kapitalparteien.  
Seht sie euch an, die Volksfeinde, die jetzt um eure Stimmen eiteln:  
Das Zentrum, die „Christliche Volkspartei“. Der Zentrumsführer Brüning steht an der Spitze der faschistischen Diktatur, die Armut und Elend besteuert, 500 Millionen der Krankenversicherung raubt, die Arbeitslosenunterstützung herabsetzt, neue Massensteuern vorbereitet, den Besitzenden neue Geschenke zu machen.  
Die Nationalsozialisten, die vom Kapital ausgehaltene Partei der Arbeitermorde. Mit dem Maul gegen den Young-Plan, aber im Ministerfessel gern bereit, die eifrigen Eintreiber der Young-Steuern zu spielen, wie der Nazi-Fried in Thüringen.

Seht sie euch an:  
Die Sozialdemokraten! Neun Millionen stimmten für sie im Mai 1928. 153 SPD-Abgeordnete saßen im Reichstag, vier SPD-Minister standen 21 Monate an der Spitze der Regierung.  
Was haben sie euch gebracht, Werttätige?  
Panzerkreuzer statt Kinderpeinigung, 100 Millionen Abbau der Arbeitslosenunterstützung durch Wiffels „Reform“ im Oktober 1929.  
Den Young-Plan mit seinen Milliardenlasten statt der versprochenen Erleichterungen.  
Reum- und Rehnstundentag durch verbindliche Schiedsprüche statt Abbau der Reallohn durch die Schlichtungspraxis, durch neue versprochenen Verkürzung der Arbeitszeit.  
Wer für die SPD stimmt, unterstützt den Lohnabbau, unterstützt den Faschismus.  
Das beweisen die Tatsachen. Sozialdemokratische Gewerkschaften sind in Nordwest, in Mansfeld und überall dem Kampf gegen den Lohnabbau in den Rücken gefallen.

SPD-Severing hat den Roten Frontkämpferbund verboten.  
SPD-Braun hat das Verbot des Stahlhelms aufgehoben.  
SPD-Jörgiebel hat am 1. Mai 1929 33 Männer und Frauen auf den Straßen Berlins hinhängen lassen.

#### Die bürgerliche Demokratie ist bankrott!

Durch den brutalsten faschistischen Terror soll die Schandordnung der kapitalistischen Ausbeutung gerettet werden.  
Das ist das Programm aller bürgerlichen Parteien, von den Nazis bis zur Staatspartei und der Sozialdemokratie.

## Breslauer Arbeiterschaft für Liste 4

### Überfüllte Massenkundgebung im „Schiefwerder“

Die gestrige Wahlkundgebung der Partei im überfüllten großen Saal des Schiefwerder gestaltete sich zu einem wichtigen Auftakt für den 14. September. Unter kühnsten Zustimmungskundgebungen der Massen rechnete Genosse Ernst Wollweber mit den Faschisten und ihren sozialfaschistischen Wegbereitern ab. Mit dem Gelöbnis, alle Kräfte für den Sieg der KPD., bei Liste 4, am kommenden Sonntag einzusetzen und dem

begeisterten Gesang der „Internationale“ fand die Kundgebung ihren Abschluß. (Weiteres im lokalen Teil.)

#### Rote Wahlhelfer verhaftet

Zwei rote Wahlhelfer sind in Freiwaldau bei Klauscha vom Landjäger verhaftet worden. Sammelgeld und Sammelliste sind beschlagnahmt worden. — Nun erst recht: Sammelt und gebt für den Wahlfonds!

Die herrschende faschistische Diktatur, die drohende faschistische Diktatur gegen den Aufstand der Massen zu schützen, das ist die Rolle der Sozialdemokratie.

- Das Ziel der SPD. ist:
- Einein in die Regierung der Kapitalisten!
  - Rettung des Kapitalismus auf Kosten der Werttätigen!
  - Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung!
- Das Ziel der klassenbewußten Arbeiter ist:
- Sturz der Regierung der Kapitalisten!
  - Vernichtung des Kapitalismus!
  - Alle Macht der Arbeiterklasse!
  - Das ist der einzige Ausweg aus Elend und Not!
  - Nur eine Partei zeigt diesen Weg!

Es gibt nur eine Partei, die nicht käuflich für Ministerfessel ist. Es gibt nur eine Partei, die in diesem Staate des Elends und der Unterdrückung niemals Ministerpartei sein wird. Es gibt nur eine Partei, die das herrschende, ausbeuterische, verkaufte und sterbensreife Herrschaftssystem mit unverfälschter Todesfeindschaft bekämpft —

#### Das ist die Kommunistische Partei!

Sie ist die einzige Freiheitspartei, die einzige Partei der Befreiung der werttätigen Millionen in Young-Deutschland. Sie ist die Partei der kämpfenden Jugend. Sie zeigt den Ausweg aus der Not durch den Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Volksfeinde, durch die Zerkümmern der faschistischen Diktatur, durch die Schaffung eines Sowjetdeutschlands.

In der Programmklärung des Zentralkomitees der KPD. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes hat die Kommunistische Partei das Programm der Befreiung des Deutschlands der Arbeit vom Joch der eigenen und fremden Kapitalisten gegeben.

Die Kommunistische Partei weist hin auf das leuchtende Beispiel des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion. Dort wird nach der

Die Kommunistische Partei appelliert an eure Massenkraft. Schafft die Einheitsfront aller Arbeitenden in Stadt und Land! Kämpft gegen Young-Plan, Faschismus, SPD-Verrat und Massenelend! Rüstet zum politischen Massenstreik gegen die faschistischen Staatsstreichversuche. Nehmt unter der Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Artikel-48-Steuern und das Kranken-Blutgeld auf! Rüstet zum Streik gegen die Lohnräuber in Berlin, an der Ruhr, in Sachsen, Mitteldeutschland und überall in ganz Deutschland! Die Kommunistische Partei ruft euch zum Kampfe für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, durch den drei Millionen Erwerbslose Arbeit haben können, zum Kampfe für allgemeine Lohnerhöhung, zum Kampfe gegen die mörderischen Antreibermethoden der kapitalistischen Rationalisierung! Schließt das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen für ausreichende Unterstützung, für Arbeit und Brot, für gegenseitige Hilfe bei allen Arbeiterkämpfen! Rechnet ab mit den sozialfaschistischen und faschistischen Streikbrechern! Schafft rote Betriebswehren und Erwerbslosengruppen gegen den Morbfaschismus!

Die Kommunistische Partei macht euch keine trügerischen Versprechungen. Sie zeigt allen Werttätigen schon vor dem 14. September die Kampfaufgaben und die Kampfmethoden, um aus dem täglichen Widerstand der Ausgebeuteten die Millionenfront der revolutionären Kampfeinheit für den großen Befreiungskampf zu formieren. Die Kommunistische Partei ruft euch zum Vertrauen auf eure eigene Massenkraft, um zu verwirklichen die große Lösung unseres Führers Ernst Thälmann, am 14. September und in allen Kämpfen nachher:

## Wir stürmen für Sowjetdeutschland!

Und darum heraus zum Freiheitsbekenntnis aller Ausgebeuteten und Unterdrückten in Young-Deutschland durch die Wahl der Kommunistischen Partei,

## Liste 4



# Nazi-Meuterei im ganzen Reich

## Münchener Nazis erklären: „Hitler hat sein Programm schamlos verraten“ Revolte gegen „Pfarrer“ Münchmeyer in Frankfurt a. Main

München, 10. September. Die Meuterei gegen die Hitler-Führung hat jetzt sogar in die nationalsozialistische „Dachburg“ München übergriffen. Ein „Kampfbund wahrer Nationalsozialisten“ hat sich gebildet, der namentlich gezeichnete Flugblätter verbreitet, in denen Hitler aufs schärfste angegriffen wird.

Das Flugblatt erklärt, daß Hitler sein eigenes Programm schamlos verraten habe, indem er zum Handlanger der Großindustrie geworden sei. Er strebe danach, die faschistische Diktatur über die breite Masse zu errichten.

Besonders stark greift das Flugblatt das Ingerische Privatleben Hitlers an. Seinen 80 VZ. Benzwagen, seine Koalition und sein Votieren mit den bürgerlichen Parteien und Parlamentariern, die er selbst immer früher als korrupt bezeichnete, seine 9-Zimmerwohnung für 5600 Mark Miete und seine Erholung bei „Sextt und schönen Frauen“.

### Revolte gegen Nazi-Spikentandidaten in Frankfurt

Frankfurt a. M., 10. September. Im Gau Hessen-Nassau der NSDAP. ist eine Rebellion gegen die Führer ausgebrochen. Den Grund der Revolte bildet die Kandidatur des berühmtesten Pastors Münchmeyer.

Vom Schöffengericht Emden ist Münchmeyer wegen Verleumdung mit Gefängnis verurteilt. In dem Urteil vom 7. Mai 1926 heißt es, „daß er sich wiederholt an Frauen heranzumachte und sie sich teils unter Ausübung eines unzulässigen Druckes, teils indem er sich als reicher Kaufmann ausgab, gefügig machen wollte. Daß er unter der lächerlichen Ausrede, eine Narbe am Körper eines Mädchens kontrollieren zu wollen, unflätliche Verhöhnungen vornahm“ ufm.

Diese Tatsachen haben besonders in den Nazi-Ortsgruppen auf dem flachen Land einen Sturm der Empörung hervorgerufen. Ganze Ortsgruppen verlangten die Absetzung der Kandidatur Münchmeyers. Dies wurde aber von den nicht weniger korrupten übrigen Führern abgelehnt. Zur Festanfertigung der Mitglieder hat man lediglich Münchmeyer als Referenten in Wahlversammlungen zurückgezogen.

### Goebbels fordert aristokratisches System

München, 10. September. In einer Wahlrede im Münchener Zirkus Krone erklärte Goebbels nach dem Vo-

### Reichsbanner- und SPD-Arbeiter begrüßen die Programmklärung

und gründen eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei.

Hamburg, 9. September (Eig. Bericht). Die „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlicht eine Erklärung von 35 Reichsbanner- und SPD-Arbeitern, die sich mit der Programmklärung der Kommunistischen Partei zur sozialen und nationalen Befreiung einverstanden erklären und eine Ortsgruppe der KPD. in Neuhaus, Kreis Bleede gründeten. Im Auftrage von 35 SPD- und Reichsbanner-Arbeitern unterzeichnen diese Erklärung Ernst Lübbert, Paul Fischer, Friedrich Hübe und Adolf Nietz.

Unaufhaltsam schreitet die KPD. vorwärts. Aus allen Bezirken werden täglich Uebertritte von SPD-Arbeitern gemeldet. Ganze SPD-Ortsgruppen treten zur KPD. über. Der Wall der Lüge und Verleumdung ist durchbrochen.

Die Arbeiterschaft erkennt immer mehr, daß es nur eine Partei des Proletariats gibt, nur eine Partei, die den Kampf um Brot und Freiheit führt — die Kommunistische Partei.

### „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“

Diese Losung galt auch einmal bei der Sozialdemokratie. Doch die Zeiten ändern sich. Die Forderung auf „volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts“ wurde von der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften erstickt durch die Forderung: Weg mit den Doppelverdienern — für die Entlassung der verheirateten Frauen aus den Betrieben. Dafür ist charakteristisch ein Antrag, der an die Generalversammlung des DMB. Ortsverwaltung Berlin, am 21. Juli 1930 gestellt wurde, in dem es heißt:

Antrag 1: Der Vorstand des DMB. wolle den DGB. ersuchen, dahin zu wirken, daß alle verheirateten Frauen aus den Betrieben gezogen werden, wo der Mann einen nach Tarif bezahlten Arbeitsverdienst hat . . . ufm. Unterschrieben: G. Bergmann.

Dieser Antrag wurde nicht etwa mit voller Empörung von der Versammlung wegen seiner arbeitserfindlichen Stellungnahme abgelehnt, weil er überhaupt Zustimmung zu den Entlassungen verweigert, und weil er ein Ausnahmerecht für die Frauen schaffen will, sondern er wurde zurückgewiesen mit der Begründung: Ein derartiger Beschluß liege schon vor von der Arbeiterinnentagung des DGB. (Reformistische Internationale). Ende 1929, so daß sich dieser Antrag erledige.

Keine verheiratete Arbeiterin und Angestellte wird diese SPD. wählen, die nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinsam zum Kampfe um Verkürzung der Arbeitszeit und für Arbeit für alle Erwerbslosen führt, sondern die Kampffront zerstückelt. Eine Stimme am 14. September geht nur der KPD. Seite 4, die für gleiches Recht der Frau mit dem Manne kämpft.

richt des „Völkischen Beobachters“ vom 9. September wörtlich:

„Wir wollen das demokratische Gleichmachereisystem durch ein leistungsfähiges aristokratisches System ersetzen. . . . Dabei ist es nebensächlich, ob wir einen solchen Staat krönen durch die Spitze eines Monarchen oder Präsidenten.“

Die Hitlerschen Terrorbanden sind dazu gebildet und finanziert worden, um die Arbeiterschaft zu terrorisieren, damit die Großkapitalisten um so besser den Rohraub durchführen und die Arbeiter ausbeuten können. Wenn die Nazi-Führer oder eine weitere Verschwörung eröffnen sollen, so können sie nichts zeigen als die faschistische Diktatur, die offene Diktatur der Schlotkarone, womöglich unter Benutzung eines Hohenzollern-Prinzen als Monarchen.

Darum: Nieder mit den faschistischen Betrügnern!  
Stimmt für Seite 4!

## Vereinigte Young-Ausbeuter UG. Hitler-Hugenberg

Der deutsch-nationale Führer erklärt, seine Partei werde mit den Nazis im Reichstag zusammenarbeiten

Berlin, 10. September. (Eig. Bericht.)

In einer Wahlversammlung erbrachte der deutsch-nationale Führer und Herr über Banken, Zeitungen und Films, Hugenberg, erneut den Beweis für das enge Bündnis zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen.

In einer Rede in Potsdam sprach sich Hugenberg für die Monarchie aus und erklärte dann:

„Trotz manchen Zweifeln an der Wirtschaftstheorie der Nationalsozialisten werden die Deutschnationalen im neuen Reichstag mit ihnen Hand in Hand gehen.“

Hugenberg im Bunde mit Hitler zur gemeinsamen Durchführung der Young-Gesetze und Diktatursteuern! Dieses offene Geständnis, so kurz vor der Wahl, muß wie ein Donner Schlag auf die Arbeiter, Beamten und Angestellten wirken, die heute noch der Nazi-Partei nachlaufen. Hugenberg, den die Nazi-Partei bis vor wenigen Monaten nicht genug beschimpfen konnte, Hugenberg, dessen Partei zu 50 Prozent bei der Abstimmung über den Young-Plan durch Abwesenheit der Front der Young-Parteien zum Siege verhalf, der allen Zollwuchergesetzen zustimmte, Hugenberg, Großausbeuter und Einpeitscher und Geldgeber des Faschismus, erklärt, daß die Politik der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auch in Zukunft Hand in Hand gehen wird! Das müssen sich die Proleten merken und daraus die Konsequenzen ziehen. Alle Stimmen für die KPD., die einzige antifaschistische Partei, Seite 4!

### Nazi-Waffenstiehung

Sofort wieder verdunkelt

Berlin, 10. September. (Eig. Bericht.)

Gestern nachmittag wurden durch die Berliner Kriminalpolizei in einem Café zwei Pakete mit 275 Gewehrpatronen beschlagnahmt. Es handelte sich offenbar um einen Teil einer großen Waffenstiehung der Faschisten. Der Mann, der die Pakete im Café abgab, ist ein gewisser Tarek, dessen Name mehrfach im Zusammenhang mit Waffenstiehung genannt wurde. Der andere Partner dieses dunklen Geschäfts ist die Firma Daugs & Co., die auch schon bei der Kiste Manti-ationsstiehung beteiligt war. Der Geschäftsführer dieser Firma ist Gruppenführer der nationalsozialistischen Sturmabteilung Brandenburg.

Sofort nach Aufdeckung dieses faschistischen Waffengeschäftes ließ die Verdunkelung ein. Tarek wurde noch am Dienstag wieder aus der Haft entlassen, da er „zum Waffenhandel berechtigt“ sei.

So werden die faschistischen Staatskriegsvorbereitungen in aller Offenheit amtlich gefördert. Die Arbeiter müssen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, überall, die geschlossene Wehr organisieren.

### Brünings Antwort an Braun:

## „Erst Notverordnungen bedingungslos schluden, dann vielleicht . . .“

Der Bürgerblockkanzler demütigt die sozialdemokratischen Koalitionsbetfler

Berlin, 10. September. (Eig. Bericht.)

In der Sportpalastumgebung der Berliner Zentrums-Partei antwortete der Reichskanzler Dr. Brüning auf die vielen sozialdemokratischen Anfragen, ob nach der Wahl die Sozialdemokraten wieder in die Regierung aufgenommen werden. Die Ausführungen Brünings glichen Peitschenhieben auf den gekrümmten Rücken der demütig wimmernden Sozialdemokratie. Zuerst befahte sich Brüning mit den Artikeln des Sozialdemokraten Keil über die „Generallüge des Wahllampfes.“ Zynisch erklärte Brüning: „Die Generallüge ist, daß die SPD. es nicht wagt, ihren Wählern die Wahrheit zu sagen. Des öfteren hat das Zentrum die Hermann-Müller-Regierung gerettet. Wir haben den Finanzminister Hilferding noch gehalten, als bereits die Sozialdemokraten von ihm abzurücken begannen.“

Auf die Frage der Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten antwortete Brüning kurz und bündig: „Ich stelle hier die Gegenfrage: Wie stellen sich die Sozialdemokraten nach den Wahlen zum Notprogramm der Regierung? — Allerdings, ich erwarte auf diese Frage jetzt keine Antwort, denn dann würden ja die Sozialdemokraten ihre Agitationsmöglichkeiten angeben.“

Dann befahte sich Brüning noch mit der Frage der Anwendung des Artikels 48 und hieb auch bei dieser Gelegenheit auf die Sozialdemokraten ein: „Der Artikel 48 ist von dem Sozialdemokraten Ebert, auch als das Parlament tagte, bei viel weniger lebenswichtigen Fragen angewandt worden. Ueber den Inhalt der Notverordnungen gab es im Reichstag kaum Differenzen. Auch die Sozialdemokraten waren zum größten Teil mit diesem Inhalt einverstanden. Man konnte sich nur nicht finden.“

Nach dieser Entlarvung der sozialdemokratischen Wahl-demagogie jügte Brüning hinzu:

„Jede kommende Regierung muß die Arbeit der jetzigen Reichsregierung aufnehmen und forschen. Dazu müssen die Sozialdemokraten klare Stellung nehmen. Wir lassen uns keine Ehre aus dem Gesichtswert, das wir jetzt geschaffen haben, herausnehmen.“

Zum Schluß seiner Ausführungen gab der geriebene Revisor Brüning den sozialdemokratischen Führern noch den Rat, ja nicht zu viel Wahlversprechungen zu machen, denn diese Versprechungen können im kommenden Reichstag doch nicht

gehalten werden. Durch die vielen Versprechungen würden die sozialdemokratischen Wähler radikalisiert und nach den Wahlen könnten dann die Führer nicht rechtzeitig die Schwendung vornehmen.

### Auch die Staatspartei diktiert der SPD.

In einer Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Hamm sprach am 6. Mai der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Ushoff über die Ziele der Deutschen Staatspartei und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien. Er führte u. a. aus: Die Sozialdemokratie von der Regierung ausgeschlossen, würde auf die Dauer eine verhängnisvolle Politik bedeuten. Eine Zusammenarbeit mit ihr komme aber nur in Frage, wenn sie das Programm der Reichsregierung, wie es in der Notverordnung vorgelegt sei, gutheißt und bereit sei, der Reichsregierung die Möglichkeit zu geben, das Reformprogramm bis zur Ueberwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise fortzusetzen.

Die SPD-Führer haben inzwischen bereits öffentlich erklärt, daß sie die Bedingungen akzeptieren. Ihre Wahlversprechen haben sie selbst als „Flozelen“ bezeichnet. Darum: Keine proletarische Stimme der SPD! Alle Arbeiter stimmen für Seite 4!

### Volksentscheid gegen Sozialabbau

Petzsch, 9. September. (Eig. Bericht.) In Mohsdorf bei Burgstädt fand am Sonntag, dem 7. September, ein Volksentscheid statt, der von prinzipieller Bedeutung ist, wenn es sich auch so scheinbar um eine nebensächliche Frage handelt. Die kommunistische Fraktion hatte gegen den Abbau der Kostenlosen Bekleidung das Volksbegehren eingeleitet. Zur Abstimmung am Sonntag stand die Frage: Soll das Ortsgesetz über die Kostenlose Totenbestattung aufgehoben werden? Mit Nein stimmten 514 und nur 46 mit Ja. Die Einwohner stellten sich damit hinter die Forderung der kommunistischen Gemeindefraktion. Die Abstimmung selbst ist ein guter Auftakt für den Kampf gegen den Steuerraub der Brüning-Diktatur.



# Organisiert den Lohnkampf im Bergbau

Wahnsinniges Antreibersystem, Krüppel, Tote, Hungerlöhne, Kurzarbeit, Entlassungen — das ist das Los der ober- und niederschlesischen Bergarbeiter.

Die sozialdemokratischen, christlichen, Girsch-Dunderschen und polnischen Gewerkschaftsbürokraten unternehmen nichts, um den Kampf für Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen zu organisieren. Im Gegenteil: Ihre Tätigkeit ist auf die „Anturbelung der Wirtschaft“, selbstverständlich der kapitalistischen Wirtschaft, gerichtet. Wer für Kräftigung des Kapitalismus eintritt, muß logischerweise gegen Lohnkämpfe und gegen die Kräfte antämpfen, die den Kampf der Arbeiterschaft zu organisieren trachten. So besteht denn auch

die Haupttätigkeit der Gewerkschaftsbürokraten aller Schattierungen in der Bekämpfung der Opposition und in Schlepperdiensten für die arbeiterfeindliche Sozialdemokratische Partei.

Nur die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind es, die den Kampf der Bergarbeiter gegen das Unternehmertum organisieren.

In Oberschlesien fand auf Anregung der Gewerkschaftsopposition ein Bezirkskongress der Bergarbeiter in Mikulitzsch statt. Dieser Kongress hat folgendes Kampfprogramm beschlossen:

Also, gleich 480 Kilo mehr, oder eine Steigerung von über 51 Prozent. Der Barverdienst betrug (nach Zahlen des Bergbau-Industrieverbandes) je Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft im Jahre 1924 4,51 Mark, im April 1930 6,88 Mark, gleich 2,37 Mark mehr. Daraus ist also zu ersehen, daß die Vorteile durchaus nicht den Arbeitern zugute kommen. Dabei ist aber noch zu bedenken, daß seit April bis September 1930 der letzte Lohnabbau erst richtig einsetzte. In Zahlen ausgedrückt, wurden von Januar bis Mai d. J. 14 007 Arbeiter abgebaut, während im gleichen Zeitraum die Leistung der Gesamtbelegschaft pro Kopf um 68 Kilo gestiegen ist und die der Untertagsbelegschaft sogar um 130 Kilo. Daraus erklären sich auch die dauernd steigenden Profite der oberflächlichen Grubenbarone, die noch eine weitere Steigerung erfahren durch Subventionen und verbilligte Transporttarife durch die Reichsregierung. Letztere Geschenke werden durch Zölle und andere Besteuerung des werktätigen Volkes herausgepreßt und müssen als Lohnabbau in indirekter Form betrachtet werden.

Aber auch diese Ausbeutung, von den christlich-reformistischen Gewerkschaftsbürokraten als Errungenschaften bei der Arbeiterschaft gepriesen, genügt den Unternehmern noch nicht. Der Tarifvertrag und die jetzige Lohnordnung, in einer Zeit abgesehen, wo die ganze Welt nach Kohle schrie, bietet mit seinen 100 Positionen 100 Angriffspunkte zum Lohnabbau im „gesetzlichen“ Rahmen. Die Gewerkschaftsbürokratie, die früher sonst immer auf den Tarifvertrag pochte, hat bis jetzt keinen Fall nachweisen können, den letzten Lohnraub abgewehrt zu haben. Die Löhne in den Lohnstatistiken (die schon so miserabel waren), erklärt der Unternehmer, übertrieben geacht zu haben. In einer Anzahl von Kategorien erfolgte im letzten Halbjahr ein Lohnabbau bis zu 1,60 Mark und darüber. Bei dem allgemeinen Abbau des Arbeitsverhältnisses, dem Umstand, daß polnische Arbeiter auf vielen Anlagen beschäftigt sind, und letztere von der Gewerkschaftsbürokratie und den Unternehmern gegen die in Deutschland wohnenden Arbeiter gegenseitig ausgespielt werden, erleichtern dem Raubzug auf den Lohn. Aber auch die Kopfleistung wird noch mehr gesteigert, weil jeder befürchtet, abgebaut zu werden, so daß wir z. B. auf den Preußag-Betrieben folgendes Bild sehen:

Der Effektivlohn der Pfeilerhauer ist im letzten Halbjahr von 9,67 M. auf 8,88 M. gesunken, dafür aber die Leistung von 1,67 Tonnen auf 1,85 Tonnen der Untertagsbelegschaft gestiegen.

Daß bei solch einer Entlohnung der Gesundheitszustand der Bergarbeiter sehr stark zu leiden hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn jetzt noch die Müller-Brüningische Krankenverschlechterung sich auswirken wird, so wird das Bergarbeiterleben in Oberschlesien verheerend.

Bei den sich erst jetzt auswirkenden Zollgesetzen, Einführung neuer Massensteuern, Raub h. m. Verschlechterung der Sozialversicherungen wäre es eine Dummheit der ober-schlesischen Kapitalisten, generell auf allen Wirtschaftsgebieten vor dem 14. September (Reichstagswahl) einen offenen Lohnabbau vorzunehmen. Durch so eine plumpen Raubpolitik würden die Unternehmer den bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. nur die Handlangerpolitik erschweren. Daraus erklärt sich auch, warum die Grubenbarone vorläufig von einer Räumung des Lohn- oder Manteltarifs vor dem 14. September Abstand nehmen.

Die werktätige ober-schlesische Arbeiterschaft soll einzeln nach Wirtschaftsgruppen zerlegt werden, wobei der stärksten Wirtschaftsprüfung, Bergbau, die längere, gemeinere und niederträchtigste Lohnabbaupolitik oktroyiert wird. Der reformistisch-christliche Gewerkschaftsbürokratie ist dieser Lohnraub ebenfalls gut bekannt, aber sie hüten sich, jetzt vom Kampf zu sprechen und vertrauen die Arbeiter auf die Stimmabgabe am 14. September für Sozialdemokraten und Zentrum. Gelder, die für Streiks bestimmt sind, werden aus dem Kassen der Gewerkschaften für Wahlpropaganda und Belustigungen hinausgeworfen. Die beiden Koalitionsparteien bezichtigen sich gegenseitig während des Wahlkampfes des Raubzuges auf die Taschen der Arbeiter. Dieser Konkurrenzkampf geht um den Einfluß beim Kapitalisten, wer führend seine Geschäfte in Zukunft besorgen soll. Weil aber noch außer diesen angeblichen Arbeiterparteien rein kapitalistische Parteien vorhanden sind, so wird in zweiter Linie ein Zusammenschluß stattfinden, gegen die Arbeiterschaft, kleinen Beamten und Gewerbetreibenden. Aber auch die Faschisten werden diesmal eine große Rolle spielen bei der Niederschlagung der Arbeiterschaft.

Die Kommunisten versprechen nichts, sagen aber schon jetzt, welchen Weg die Arbeiterschaft über kurz oder lang gehen muß. Dem Proletariat wird der Weg des Kampfes nicht erspart bleiben, deswegen muß gejagt werden, was am 14. September getan werden muß. Aber gejagt muß auch werden, daß nach dem 14. September der schärfste Kampf dieser kapitalistischen Gesellschaft gilt. Organisiert jetzt schon in den Betrieben zum 1. Oktober den Kampf!

„Wahnsinn“, schreiben sie im „Volksblatt“, als die revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Tarifvertrag und die Lohnordnung kündigte. In Krisenzeiten kann man keine Lohnforderungen stellen. Aber als eine dauernde Konjunktur war, stellten sie ebenfalls keine Forderungen. Bei diesen Leuten wird immer alles Wahnsinn sein, wenn es gilt, für Rechte der Arbeiter einzutreten. Aber etwas recht haben sie, wenn diese jatten Bürger schreiben „Wahnsinn“. Wahnsinn wäre es von ihrem Standpunkt, beim Kampf um Lohn und kürzere Arbeitszeit auch nur für einen Tag ihre Mißesgehalter als Minister, Parteipräzidenten, Regierungsräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Angehörte des Verbands in Frage zu stellen. Ob die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vom Unternehmer anerkannt wird oder nicht, spielt absolut keine Rolle, die Hauptsache ist, daß die Arbeiterschaft die Notwendigkeit des unerbittlichen Kampfes begreift.

**Kameraden! Klaffengenossen!**  
Es gilt jetzt, die Kampfbeschlüsse des Mikulitzscher Bergarbeiterkongresses in die Tat umzusetzen, d. h. sofort die Vorbereitungen auf allen Schachtanlagen zur Auslösung eines allumfassenden Kampfes zu treffen. Bis zum 1. Oktober muß auf jeder Schachtanlage ein Kampfausschuß gewählt sein. In den Kampfausschüssen müssen sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter vertreten sein. Nur in einer einheitlich und geschlossenen Kampffront unter Führung der RGD. wird die ober-schlesische Bergarbeiterchaft den Sieg davontragen.

## Kampfprogramm für Oberschlesien

Der alte Manteltarif, die Lohnordnung und das Mehrarbeitszeitabkommen sind aufgezwungene tarifliche Vereinbarungen, die zu Fall gebracht werden müssen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellt die nachfolgenden General-Forderungen:

1. Verbindung des Manteltarifs mit der Lohnordnung, kein Neuabschluss eines Mehrarbeitszeitabkommens.
2. Die Schichtzeit beträgt sechs Stunden unter und sieben Stunden über Tage.
3. Lohnerhöhung von etwa 1,50 Mark pro Mann und Schicht.
4. Fortfall der Duzende von Staffelungen, Festlegung eines einheitlichen Grundlohnes.
5. Abschaffung aller Uberschichten und 15 bis 24 Tage Urlaub für alle Arbeiter.
6. Abschaffung aller Akkord-, Gedinge- und Prämiensysteme. Bezahlung der Bergarbeiter nach festen Schichtlöhnen.
7. Restlose Beseitigung des Strafsystems.

## Kampfprogramm für Niederschlesien

1. Beseitigung des Ueberarbeitszeitabkommens und des schändlichen Lohn-tarifs. Schaffung eines neuen Tarifs, auf folgender Grundlage:
  - a) Einführung der Sechstundenschicht unter Tage und der Siebenstundenschicht über Tage bei vollem Schichtlohn;
  - b) Verbot jeglicher Ueberarbeit zwecks Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß;
  - c) Erhöhung der Effektivlöhne um eine Mark pro Schicht;
  - d) Beseitigung der ungeheuren Lohn Differenz und Zahlung eines 25 prozentigen Zuschlags bei besonders Gesundheit gefährdenden Arbeiten.
2. Bezahlung der Feierschichten durch die Unternehmer.
3. Verbot von Arbeiterentlassungen. Teilweise Betriebseinschränkungen dürfen nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen, wenn damit Arbeiterentlassungen nicht verbunden sind.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat nicht nur Forderungen aufgestellt, sondern auch den Weg gezeigt, der einzuschlagen ist, um die Forderungen durchzusetzen. Die Beschlüsse des Mikulitzscher Kongresses sind richtunggebend. In diesen Beschlüssen heißt es:

1. In den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen sind die vom Bergarbeiterkongress beschlossenen Hauptforderungen des Manteltarifs und die Lohnordnung zur Diskussion zu stellen. Zu den Belegschaftsversammlungen sind auch die entlassenen Bergarbeiter hinzuzuziehen.
2. Unverzügliches Zusammentreten der revolutionären Bergarbeiterkämpfer; Aufbau und Ausbau der Betriebsgruppen der RGD; Aufstellung eines Aktionsplanes für jeden Betrieb zur Erfassung aller Belegschaftsmitglieder.
3. Auf allen Schachtanlagen sind vorbereitende Kampfausschüsse gegen Lohnabbau, Massenentlassungen und Feierschichten, für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu wählen. Einbeziehung der kampfgewillten organisierten und unorganisierten sozialdemokratischen, christlichen, polnischen, parteilosen und jugendlichen Kameraden. Wahl von Frauen und Vertretern der Erwerbslosen in die Kampfausschüsse.
4. Organisation von Jugendbelegschaftsversammlungen, Wahl jugendlicher Vertrauensleute und Stellungnahme zu den Jugendforderungen der RGD.
5. Teilnahme von Frauen an den Belegschaftsversammlungen der Bergarbeiter, Belegschaftsversammlungen und Organisation von Versammlungen für die Bergarbeiterfrauen. In diesen Versammlungen muß die Wahl von Frauen in die vorbereitenden Kampfausschüsse vorgenommen werden.
6. Organisation von Versammlungen für die erwerbslosen Bergarbeiter mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum bevorstehenden Bergarbeiterkampf...
7. Die Erfahrungen der letzten Streiks zeigen, daß schon in der Vorbereitung aktiv die Frage des Massenstreikschlusses der Belegschaften zur Verhinderung des Streikbruchs durch Polizeiterrord und Gewerkschaftsbürokratie gestellt werden muß. Darum müssen schon jetzt Betriebswehren auf allen Anlagen geschaffen werden. Die Betriebswehren formieren sich in Gruppen zu je acht Kameraden mit einem Gruppenführer. Für die gesamte Betriebswehr der Schachtanlage wird ein leitender Kopf aus drei Kameraden gewählt. Hauptaufgabe der Betriebswehren ist der Kampf gegen

Betriebsfaschismus und die Organisation des Streikschlusses für die streikenden Arbeiter.

## 28. September im Waldenburger Kohlenrevier

Der Lohnkampf für Niederschlesien kann zum 31. Oktober gekündigt werden. — Unabhängig davon, ob die Gewerkschaftsbürokraten oder die Grubenbesitzer ihn kündigen werden, gilt es, den Lohnkampf zu organisieren. — Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat auf ihrer letzten Industriegruppen-tagung die Forderung zur Erhöhung der Schichtlöhne um 1 Mark und Beseitigung des Ueberarbeitszeitabkommens aufgestellt. — Es gilt nun, auf jeder Grubenanlage einen vorbereitenden Kampfausschuß zu wählen und gleichzeitig Delegierte zu der Bergarbeiterkonferenz zu bestimmen, die am 28. September stattfinden und die weiteren Beschlüsse zur Organisation des Kampfes fassen wird.

## Rüstet zum 1. Oktober

Von Ph. Schieron, Betriebsratsvorsitzender der Guido- und Delbrückschächte  
Seit dem Jahre 1924 herrschte im Bergbau, abgesehen von kleinen Konflikten, vollständige Ruhe. Die Parole des Wirtschaftsfriedens nach der Melodie der christlich-reformistischen Gewerkschaften wurde gewahrt. Wer erinnert sich nicht der Belegschaftsversammlungen nach dem Streit, 1924 bis in das Jahr 1928, wo die Gewerkschaftssekretäre mit ihren untergebenen Betriebsräten erklärten: „Wenn es euch jetzt noch schlecht geht, so ist an allem der Streit von 1924 schuld, und ferner, daß es auch den Unternehmern schlecht geht! Wenn wir erst die Wirtschaft gehoben haben, wenn die Kopfleistung gestiegen ist, dann wird es euch auch besser gehen! Wir werden dafür schon sorgen!“ Die Wirtschaft wurde „gehoben“, dafür folgt jetzt durch die rasende Nationalisierung eine Wirtschaftskrise. Die Kopfleistung ist gestiegen von 1300 Kilo je Schicht auf annähernd 1900 Kilo je Schicht der Untertagearbeiter, gleich 591 Kilo mehr; der gesamten Belegschaft (unter und über Tage) von 933 Kilo bis Mai 1930 auf 1413

Bergarbeiter, die kommunistische Partei zeigt euch den Weg: Schmiedet die Einheitsfront in den Betrieben und setzt auf dem Wege des Massenkampfes eure Forderungen durch. — Beschreitet diesen Weg Mann für Mann! Bringt am 14. September euren Kampfwillen zum Ausdruck!

# Stimmt für die Liste 4, Kommunistische Partei Deutschlands!



# „Nieder mit dem blutbefleckten Faschismus“

## Revolutionäre Kundgebungen in slowenischen Städten und Dörfern Attentat auf einen faschistischen Abgeordneten

Wien, 10. September. Trotz des ungeheuerlichen Willens der faschistischen Behörden reihen die Kundgebungen der slowenischen Bevölkerung für die in Triest erschossenen vier slowenischen Arbeiter nicht ab. Die Bauern versammelten sich in den Wäldern, die Arbeiter in den Fabriken und auf den Straßen, um ihrem Wut gegen das faschistische System Ausdruck zu geben. „Nacht für Triest!“ — „Nieder mit dem blutbefleckten Faschismus!“ laut es in allen Gassen.

In St. Pietro del Carso kam es zu einem schweren Kampfe zwischen slowenischen Bauern und faschistischer Miliz. Die Miliz legte zur Strafe an die Häuser bekannter antifaschistischer Führer Feuer und brannte so die Hälfte der Ortschaft nieder. In dem Kampfe gegen die Miliz haben sich auch italienische Arbeiter beteiligt.

Auf der Straße von Gradisca nach Goerz wurde auf dem faschistischen Abgeordneten Caccete, der sich bei der fühlbaren Bevölkerung besonders verhasst gemacht hat, ein Attentat verübt.

In Triest sind Militärverstärkungen eingetroffen. Starke Militärabteilungen wurden als Strafexpeditionen in die slowenischen Orte und Dörfer entsandt, wo sie mehrfach auf aktiven Widerstand stießen. Die Bauern haben viele von der Unterwerfung bedrohte Rebellen heimlich über die Grenze geschafft.

Jede Nacht werden in Triest viele hundert Personen verhaftet. Durch ungeheuerliche Folterungen wird versucht, aus den Verhafteten Geständnisse über die Organisation der KPZ und der slowenischen Dejana zu erpressen.

# Jeder antiimperialistische Kämpfer ein roter Wahlhelfer für Liste 4!

### Ein Aufruf der deutschen Sektion der Weltliga gegen Imperialismus für den Wahlsieg der Kommunistischen Partei

Die deutsche Sektion der antiimperialistischen Liga wendet sich angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen an alle Freunde des Kampfes gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung mit einem Aufruf, den wir nachstehend veröffentlichen:

Angesichts des bevorstehenden Wahltages kann auch die deutsche Sektion der Antiimperialistischen Liga nicht neutral bleiben. Sie wendet sich, getreu den Parolen, die der Brüsseler und der Frankfurter Kongreß der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung aufgestellt haben, an alle diejenigen, die es mit dem Kampf gegen den Imperialismus und die koloniale Unterdrückung, gegen Abenteuer- und Kriegspolitik der herrschenden Klassen ernst meinen, und die nicht nur mit den Lippen, sondern auch mit der Tat Kämpfer gegen den Imperialismus sein wollen. Sie alle können bei dem Wahlsieg nicht abseits stehen. Sie können ihre Stimme nicht denen geben, die einen Kampf gegen Imperialismus, Kriegs- und Kolonialpolitik nur vortäuschen, wie sie seit 1914 hundertfach bewiesen haben.

Nach ist Deutschland zwar nicht im Besitz von Kolonien, noch hängt es sich, indem es aus der Not eine Tugend macht, das pazifistische Mäntelchen um, noch schreit es nach Abrüstung der anderen, weil man ihm selbst die Aufrüstung nicht gestattet, noch vermag es daher vielen Sand in die Augen zu streuen und sie in Sicherheit zu lassen. Aber der deutsche Imperialismus ist wieder erstarkt und hat sich von seinen Schlägen erholt. Nach der Räumung des Rheinlandes stellt er weitergehende Forderungen auf, fordert er das Saargebiet und den Korridor, verlangt er gebietertlich Kolonien.

Trentanum raste mit dem Säbel, überall wird Stimmung für eine aggressive Politik gemacht, durch die allein Deutschland sich aus seiner elenden Lage befreien könne.

Dabei ist die Westorientierung eine feststehende Tatsache. Die „Samierung“ Deutschlands soll aber erfolgen durch Teilnahme an der Ausbeutung der Reger und durch Teilnahme am „Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion, für den sich jetzt gerade wieder der Reichstagswahlkampf in München einsetzt, der den Bolschewismus als die „Weltpest“ bezeichnet. Die

Lasten sollen also abgemälzt werden auf die Kolonialsklaven einerseits, die russischen Arbeiter und Bauern andererseits. Darin sind sich alle einig, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, von Noke bis Gregor Strasser, von Cohen-Stein, dem Vorkämpfer deutscher Kolonialpolitik in der Sozialdemokratie, bis zu Hitler, der von der deutschen „Herrenrasse“ sprach, die die Welt beherrschen sollte, und der Seite an Seite mit dem englischen Imperialismus die Vernichtung der indischen Revolution wie der Sowjetunion fordert.

Generale an der Spitze bei allen Parteien, von Epp und Dittmann bis zu Lettow-Vorbeck und Seel, das ist das Symptom der bevorstehenden Diktatur, der Generalregierung, die, gleichgültig ob mit Hitler oder Noke, mit dem § 48 regieren wird.

Die Massen aber denken anders. Sie wissen, daß nicht Noke helfen kann gegen Hitler, nicht Hitler gegen Noke. Sie wissen, daß nicht Kolonialpolitik die Erwerbslosigkeit beseitigt, daß kein „Kreuzzug“ gegen den Arbeiter- und Bauernstaat uns aus den Klauen des Young-Plans hilft.

Und darum gehen alle Anhänger des Gedankens der Antiimperialistischen Liga, alle Gegner von Imperialismus und Kolonialpolitik am 14. September ihre Stimme nur der

Liste 4 der Kommunistischen Partei!

Antiimperialistische Liga. Deutsche Sektion.

Paul Scholze. Hans Jaeger.

## Erwerbslosenelend unter der Vera Macdonald

London, 10. September. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen betrug am 1. September 2060 444, das heißt 28 742 mehr als in der vorigen Woche und 808 184 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1928.

## Pilsudski-Diktatur lobt

linksbürgerliche und sozialfaschistische Scheinoppositionelle verhaftet

Warschau, 10. September. Pilsudski hat heute in Warschau und in der Provinz Verhaftungen unter den Führern der Parlamentsopposition vornehmen lassen, darunter Baeicki, den Vorsitzenden des Zentralausschusses der Sozialistischen Partei und vier weitere Sozialfaschisten, fünf Führer der Bauernpartei, Boppiel, den Führer der Nationalen Arbeiterpartei und den Ultpolen Dembski.

Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der gestern erfolgten Bildung eines „Rechts-Links-Blocks“, der am 14. September Massenkundgebungen in allen größeren Städten veranstalten wollte.

Die Parteien des „Rechts-Links-Blocks“, die doch nur ihren seit langem geübten harmlosen parlamentarischen Scheinkampf nach der Sejm Auflösung mit außerparlamentarischen Mitteln fortsetzen wollten, sind nach diesen Verhaftungen vollkommen kopflos geworden. Die nicht festgenommenen Führer waren nirgends aufzufinden, weil sie sich aus Angst vor der Verhaftung verstreut hatten.

Die Verhaftung von Führern der parlamentarischen Scheinopposition durch Pilsudskis Schergen beweist die außerordentliche Verschärfung der allgemeinen Krise in Polen, für die selbst eine harmlose bürgerliche Opposition eine schwere Gefahr bedeutet. Die polnische faschistische Bourgeoisie greift zum letzten verzweifelten Versuch, ihre marische Herrschaft noch aufrechtzuerhalten, das faschistische Regime wirft seine letzte Hülle ab und zeigt sich nackt und bloß in seiner wahren Gestalt, die jedes Wort der Kritik mit Kerker ahndet.

## Scharfe Gegensätze in Geni

Antifaschistische als Begleitmusik

Geni, 9. September. Die Völkervereinigung steht im Zeichen der allgemeinen Verschärfung aller imperialistischen Gegensätze. In der Frage des militärischen Bahnschuges im Saargebiet prallen die Interessen des deutschen und des französischen Imperialismus aufeinander. Briand wandte sich gegen jede verbindende Zugabe hinsichtlich der Herabsetzung der Stärke der französischen Bahnschutztruppe, während Curtius, mit gedämpfter Stimme zwar, völlige Aufhebung des Bahnschuges forderte. Die Frage wurde für direkte Verhandlungen freigegeben.

Die französisch-italienischen Gegensätze prallen bei der Behandlung der spanischen Mandatsfrage so scharf aufeinander, daß der italienische Außenminister Grandi mit sofortiger Abreise drohte.

Sehr bemerkenswert ist die heftige Antifaschistische Kampagne, die die Verhandlungen der Europäischen Konferenz und des Völkervereinigungs begleitet. So betont im „Journal de Geneve“ William Martin zwei Tatsachen, die eine europäische Koalition erforderlich machen sollen: Der neue amerikanische Jollifari und das „Ausfuhrdumping“ der Sowjetunion.

## Belagerungszustand in Bolivien

La Paz, 10. September. Wie „Newspost Times“ aus Santiago (Chile) berichtet, erklärte die neue bolivianische Regierung angesichts der gewaltigen Arbeiterkundgebungen, die seit dem Umsturz nicht abreißen, den Belagerungszustand für ganz Bolivien.

## Streifverbreiterung in Spanien

Bilbao, 10. September. In der Provinz Biscaya sind 2000 Metallarbeiter in den Streik getreten. Sie haben sich den Forderungen der bereits seit längerer Zeit im Kampf stehenden Arbeiterkategorien angeschlossen.

Schanghai, 9. September. Zum 16. Internationalen Jugendtage fanden an verschiedenen Stellen in Schanghai mehrere Demonstrationen statt. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.



Kontroll d. Internationaler Arbeiterbewegung, Berlin.

63. Fortsetzung.

Vor der Džirana ging es lebhaft zu. Circa sechs Gendarmerieoffiziere in neuer Uniform und funkelnden Stiefeln, mit Koppel und Revolver, gingen auf und ab. Sie waren sichtlich gut aufgelegt und schienen voller Erwartung.

Aus dem Hof trat eine Abteilung Soldaten, die auf der Straße Aufstellung nahmen. Jemand kommandierte: „Achtung!“

Die Soldaten waren in Gruppen eingeteilt, zwei Offiziere und fünf Soldaten. Auf ein zweites Kommando marschierten sie nach verschiedenen Richtungen ab. Die Straße blieb leer.

Häufig wurde die Straße durch eine schreckliche Detonation unterbrochen. Fenster scheibeln klirren, Menschen fliehen schreiend und Deckung suchend mit schreckensvollen Gesichtern über die Straßen. Eine Sekunde darauf fielen von drei Seiten Gewehrschüsse, und Maschinengewehre knurrten los. Es entstand ein panischer Durcheinander. Sämtliche Beamte der Kontrolestation stürzten auf die Straße, nach allen Seiten liefen Polizisten mit entschulten Revolvern. Es entstand ein großer Tumult. Das Ganze dauerte nicht länger als zehn Minuten.

Dann trat eine Stille ein, als ob man einen Toten begraben hätte.

General Wassiljtschiloff saß in seinem Kabinett und war in seine Arbeit vertieft.

Ohne anzuklopfen, stürzte ein Offizier herein.

„Wir sind verloren! Drei Ueberfälle zu gleicher Zeit! ... Sechs Offiziere auf der Stelle tot, vier verwundet ... alles umgingelt ... Schießereien von allen Seiten ...“

Wassiljtschiloff richtete sich auf, sah ihn unbewegt an und blühte gewaltig auf den Tisch, daß alle Papiere aufstiegen:

„Ihr seid mir Helden, Scheißkerle seid ihr. Ihr habt doch Waffen bei euch!“

„Wir wurden umgingelt, Euer Exzellenz ... Eine Bombe explodierte.“

„Her mit Skatandoff!“ schrie der General.

Zu derselben Zeit war Skatandoff unterwegs zu General Wassiljtschiloff. Die Ereignisse hatten ihn einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mitola war seit einer Woche verreist, Jascha spurlos verschwunden, Oja war kühl zu ihm und schien ihn gar nicht mehr zu kennen.

Ueberall spürte er, daß etwas passiert war. Er hatte die ganze Woche gearbeitet, um die Verhaftungen richtig vorzubereiten, er hatte bereits verabredet, daß man die Gefangenen isoliert halten und nach höchstens zwei Tagen erschießen sollte, damit sie ihn bei ihrer Partei nicht verrieten.

An diesem Morgen, als er in die Wohnungen der Bolschewiki gegangen war, traf er keinen von ihnen an. Da hatte er erkannt, daß sein Plan gescheitert war und er tief aufgeregt zu Wassiljtschiloff.

Untenwegs sah er die zerfetzten Leichen der Offiziere. Sein Blut gerann in den Adern: hier hatte ein Provolateur seine Hand im Spiel. Wer konnte das sein? Wasja war es nicht, denn er wußte nichts von dem, was in der Džirana vorging. Vielleicht doch? Nein, keinesfalls ... Aber vielleicht war es Popoff! Angeblich war er nach Rußland gefahren und dabei ... Ja, der war es bestimmt. Ich muß rasch zu Wassiljtschiloff laufen ... Wir müssen sofort nach Rußland schreiben, daß man diesen Burschen an die Wand stellt ... Jetzt schnell zu Wassiljtschiloff!

### Zwei Lote

Skatandoff stürzte gerade die Treppe herauf, als der Offizier wie ein Pfeil aus Wassiljtschiloffs Kabinett geschossen kam. Sie stießen zusammen.

„Bardon ...“

„Ach, Skatandoff, es ist gut, daß Sie hier sind, der General möchte Sie zu sprechen. Er ist sehr aufgebracht!“

„Nun, er hat Grund, Provolateur, verfluchter!“

„Wer ist ein ...?“

„Popoff. Ja, Popoff hat das gedreht!“

„Welcher Popoff?“

„Der Bodenarbeiger.“

„Aber er ist doch schon vor zwei Wochen von hier weg.“

„Das ist es ja gerade.“

Skatandoff stürzte zu Wassiljtschiloff ins Zimmer.

„Popoff, nur Popoff kann es sein. Er hat das schon gemacht, diese Bestie!“

Wassiljtschiloff war voller Wut aufgestanden. Seine Augen sprühten Funken.

„Welcher Popoff? Reden Sie so, daß man Sie verstehen kann.“

„Popoff und nur Popoff! Ein anderer kann es nicht sein. In seiner Wohnung wohnt das Mädchen, das sich Oja nannte und eine Kommunistin war.“

„Welches Mädchen, welche Kommunistin?“

„Oja, die mich in ihre Organisation eingeführt hat.“

„Woher soll ich das wissen? Wenn sie nicht mit Ihnen unter einer Decke stehen würde, wäre sie schon längst verhaftet.“

„Und Popoffs Reise nach Rußland?“

Wassiljtschiloff konnte nicht mehr an sich halten, ließ seinen Stuhl mit dem Fuß zurück und schrie: „Maul halten!“

Skatandoff hob die Augen und sein Gesicht wurde fahl. Er hatte in Wassiljtschiloffs Augen den unerbittlichen Tod gesehen.

„Exzellenz ...“

„Schweigen Sie, Sie haben uns die ganze Zeit bei der Nase herumgeführt. Sie haben uns verraten!“

„Ich? Exzellenz! Das alles ist Popoffs Werk.“

„Eiender Hund, wissen Sie nicht, daß Popoff von den Roten verhaftet wurde?“

„Wer? Popoff?“

„Jawohl, Popoff, und Sie haben ihn an die Roten verraten. Er stand Ihnen schon immer im Wege ...“

„Exzellenz, Sie irren ... Eine feindliche Macht will sich zwischen Sie und mich drängen und uns zu Feinden machen ... Hier liegt eine Provolation vor.“

„Was bedeutete es, daß Sie Wasja nicht finden konnten, daß Sie gefordert haben, Wasja auf freiem Fuß zu lassen? ... und Ihr Plan, daß Sie und Orieschnitoff als einzige zurückbleiben sollten? ...“

Er sah ihm einen Augenblick scharf in die Augen. „Nicht wollten Sie zum Narren halten? Mich haben Sie gewagt, an der Nase herumzuführen? Und ich Dummkopf habe mich einreden lassen!“

(Fortsetzung folgt.)



# Die rote Peitsche

## gegen das Brüning-Ulitzka-Zentrum!

### Priester im Wahlkampf

Da steigt der Priester gerade auf die Kanzel. Er ist in einem schwarzen Gewand gekleidet. Viele Hundert Ohren lauschen seiner Predigt. Ehrliche katholische Klaffgenossen, noch im Banne der Papstkirche, verschlingen Wort für Wort. Er redet bewegt, beschwört sie, droht, malt die ewige Verdammnis in allen Farben aus, gestikuliert und meint zum Schluss: „Bitte, was ist euch lieber: verweigerte Abstammung oder Zentrumswahl?“ Und der vom Gewissenszerror gepöbelte Katholik wählt. Wählt in vielen, vielen Fällen entgegen seiner christlichen Auffassung die schwarze Partei des Priesters, die Partei der Großindustriellen Florian Klädner und Ballestrem. Der Priester, mit der furchtbar drohenden Geste hat's besprochen — — — So entstehen hohe katholische Wahlsiffern! — — — Wie man uns mitteilt, werden von der Kanzel sogar Zentrumskartell verlesen. Ost und West schon Empörung. Aber der eiserne Gewissenszwang und die brutale kirchliche Disziplin ersticken viele Keime weltanschaulicher Neuerung.

Wißt du es noch, christliche Arbeiterfrau, wie er schon einmal vor dir auf der Kanzel stand, dieser gleiche Priester? Das war vor zwölf und fünfzehn Jahren. Damals redete er auch so mahrend und drohend. Wißt du noch, was er damals sagte? „Zeit und Kriegsanleihe!“ Er wetteuerte gegen die Miesmacher, gegen die Kriegsgeldverleiher um Vieles. „Haltet durch!“ war sein erlösendes Wort. Und dann kommandierte er „auf die Knie!“ und ihr knietet.

„Drei Vaterunser und ein Ave für den Sieg der deutschen Waffen und für eine siegreiche Offensiv!“

(Wörtlich nach der Verordnung des bayerischen Erzbischofs an seine Diözesanen) Väter. Wißt ihr es noch, wie dann im Todesstöhnen eurer Männer und Söhne die Kirchenglocken im chauvinistischen Siegesstammel erklangen und sich der Priester wohlgefällig über den wohlgerühmten Selbst frück? Jehn Millionen Menschen ließen ihr Leben auf den blutdurchtränkten Schlachtfeldern des Weltkrieges. Und Millionen Zerpflossene, Hinfelnde, Gaszerfressene krochen aus den

### Die Partei des Ausbeuters Graf Ballestrem



Schlitzengraben und Drahtverhauen und sprachen ihren großen Fluch gegen die menschenmordende Kirche und die talarierten Soldaten des Weltkrieges. Denkt ihr, christliche Werktätige, noch daran, wie die kirchlichen Geißeln aus den heutigen Kirchenwahlsammlungen damals die Kirchenglocken umschmelzen und daraus Kanonen und metallische Wundinstrumente herstellen ließen? Und wißt ihr noch, wie mit diesem Kriegsmaterial unsere französischen und russischen Brüder auf den Schlachtfeldern zermalmt wurden? Wißt ihr auch noch, wie ihr gegen den Kriegswahnsinn aufstuhntet und wie da der gleiche Priester sagte, der Kriegstod sei ein geheiligter Märtyrertod, und die ermordeten Soldaten erhielten den Heiligenschein. (Siehe Kriegsgeldverleiher des katholischen Prof. Pohle, Diözesan Breslau.) Das ist schon lange her, aber es ist durchaus aktuell.

Heute ruft der gleiche Klerus zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus und die KPD auf. Hinter der Religion, dem Christentum und der „gefährdeten Familie“, von dem der Priester spricht, lauern das profitgierige Finanzkapital, für das damals wie heute die Kanzelrede in der Kirche schallt!

Dieser Priester, der da vor dir steht, bezieht ein sehr hohes Gehalt. Er hat durch das Konkordat und die seinerzeitige Gehaltsaufbesserung ein höheres Lohn bekommen. Geradezu ungeheuerlich aber war die von den Priestern geführte Propaganda für das „Notopfer der Armen“. Die Bischöfe mit Tagesverdiensten von hundert und mehr Tausend, die Kapläne mit horrenden Gehältern zahlen kein „Notopfer“. Wie wir hören, haben bereits sehr viele katholische Priester, die durch das Zölibat ehelos bleiben sollen, beantragt, sie von der Einkommensteuer zu befreien! Denn sie hätten durchweg für Personen zu sorgen, die ihren Haushalt führen (Haushälterinnen usw.). Höherer Wille zum „Notopfer“, nicht wahr? Wißt ihr aber noch, wie man euch bombardiert mit Ueberzeugungsargumenten, ihr mügtet die Brüning'schen Steuern schinden?

Wohnungen gib's für die Arbeiter keine; aber dafür wachsen Häuser, Kirchen und Missionsbauten wie Pilze aus dem Boden. Und mit den wucherlichen Hauszinssteuern, die den armen und ärmsten Mietern abgefohlen wurden, werden zum Teil die Kirchenneubauten finanziert! Dafür legte sich der priesterliche Kanzelredner ebenso warm als Zeug, wie einst für die Kriegsanleihe und das „Durchhalten“. Mehr und mehr erkennen es schon unsere katholischen Klassenkämpfer, daß die katholischen „Seelenhirten“ schamlose beamtete Zentrumsfunktionäre und Sekretäre der Klädnerschen Ausbeutergesellschaft sind. Was sie von den Aufsichtsräten, den brutalen Direktoren und Lohnabbauern unterscheidet, ist höchstens das priesterliche Gewand.

Schon zeigen sich wieder starke Risse im Zentrumsturm. Der seeljergottliche Wahlschwindel verfehlt zusehends die Erfolge! Den Klädner- und Ballestrem-Agenten im Kaplantleibe gibt es mit aller Schärfe die Schminke der Heuchelei herunterzukriegen, die ganze widerliche Münze gefälschter Doppelzüngigkeit muß herunter. Denn dann leuchtet aus jedem Gesicht dieser „geweihten“ Seelenhirten die teuflische Frage der Ausbeuter und Lohnräuber, der Klädner, der Grafen Ballestrem und Schaffgotsch. Dann sieht man, daß die Kanzelrede, der Reichstuhlwang, der religiöse Terror und die Fegfeuerdrohung nichts anderem als der Verschönerung der Kapitalgewinne galt. Daß es nicht um die „Rettung der Familie“ ging, weil man diese Schlag um Schlag mit jeder neuen Steuer, jedem Zoll auf Brot und Lebensmittel, mit jeder Hunger-

maßnahme der Brüning-Stegerwald-Kumpantel auseinanderhaut und zertrümmert. Dann sieht man vielmehr, daß das Konzept der priesterlichen Kirchen-Wahlreden geschrieben und verfaßt wurde in den Syndikats-Büros und Aufsichtsratskammern der Trustkongzerne, die um ihre Profite besorgt sind.

### Tatsachen schwarz auf weiß

## 200 000 Mark für ein Zentrumsmandat

Der hiebenundzwanzigjährige Aufsichtsrat und Konzerngewaltige Florian Klädner, der an dem Lohnraub der Nordwest-Bampire führend beteiligt war, kaufte sich 1924 ein Reichstagsmandat der Zentrumspartei für 200 000 Mark. Auch jetzt steht Klädner wieder reichlich fließen die den Nordwest-Arbeitern gestohlenen Lohnabzüge in die Zentrumskasse.

Das Zentrumsmandat macht sich ja auch bezahlt, denn Klädner vertritt rücksichtslos die Interessen der Trustgewaltigen und Millionäre. Und mit ihm die von ihm befehligte Zentrumspartei.

Deine Interessen, christlicher Arbeiter, vertritt nur die KPD., die Partei der Armen und Entrechteten.

Der Liste 4 daher deine Stimme am 14. September!

### Riesenhafte Priestergehälter!

Die Zentrumsparteisekretäre im Priesterrot versuchten, die katholischen Werktätigen durch allerlei Betrugsmanöver reif für die Zustimmung zum Lohnabbau-„Notopfer“ zu machen. Mit heuchlerischer Geste erklärten sie in einem Beschlusse, daß auch die katholische Geistlichkeit ein Notopfer leiste. Die paar Pfennige machen diesen Kirchenfürsten aber einen Dreck aus. Weshen wir uns ihre Gehälter:

Kard. Faulhaber bezieht ein Jahresgehalt von 36 000 Mk.  
Erzbischof von Bamberg bezieht ein Jahresgehalt von 27 000 Mk.

Die übrigen Bischöfe im Durchschnitt pro Jahr 18 000 Mk.

Kardinal Faulhaber, der eifrige „Notopfer“-Prediger und blindwütigste Antibolschewist, erhält monatlich 3000 Mark, also täglich 100 Mark Gehalt! Bei acht Stunden erhalt er 12,50 Mark Stundenlohn! Der Erzbischof von Bamberg pro Stunde 9-10 Mark! Die übrigen 6-7 Mark. — Diese Herren im Priestergewande haben gut von „Notopfer“ reden. Ein paar Pfennige, die sie eyseln, sind lumpige und heuchlerische Geste, um euch, katholische Klaffgenossen, vor den morschen Karren des in die Todgasse geratenen Unternehmertarrens zu spannen. — Was macht es für diese priesterlichen Schwerverdiener aus, wenn sie ein klein „Notopfer“ liehen?

### Die Verantwortung des Zentrums

Das Zentrum saß seit 1919 in allen Regierungen des Reiches, in allen Regierungen Preußens; es ist seit vielen Jahren als führende Partei in der badiischen und in der württembergischen Regierung; es trägt also auch die Verantwortung für alles, was im Reich und in diesen Ländern geschah, und worunter die wertvollen Massen Deutschlands so schwer gelitten haben.

Seit dem April dieses Jahres aber hat das Zentrum in Reich wiederum die Führung übernommen; es stellt in der Reichsregierung den Kanzler Dr. Brüning und die drei Minister Dr. Wirth, Dr. Stegerwald und v. Guérard.

### Stegerwald und Achtfundentag

„Rein verantwortungsbewußter Führer im Deutschen Gewerkschaftsbund (Christlich) verlangt den schematischen Achtfundentag.“ (Tremontia, 8. 3. 1927.)

### Der 500-Millionen-Raubzug

Zu den ungeheuerlichsten reaktionären Maßnahmen der Brüning-Regierung zählt die Abbaumovelle in der Krankenversicherung.

Die Bestimmungen führen dazu, daß infolge der gewaltigen Verschlechterungen die Krankenversicherung um 40 Jahre zurückgeworfen wird. Alle Erfolge, die die Arbeiterschaft im zähen Kampfe sich auf diesem Gebiete erarbeitete, werden durch diese Schandvorlage einfach vernichtet. Die finanziellen Wirkungen der Abbaumovelle bedeuten: durch Verschlechterung in der Krankenversicherung 500 Millionen Mark den Versicherten rauben.

Da steigt er, der Priester, gerade herunter von der Kanzel. Er verschwindet und eilt zu seinen großindustriellen Freunden von der Zentrumspartei. Die toasten mit ihm und beglückwünschen ihn, daß er das kapitalistische Referentenmaterial so glänzend heruntergelagt hat. „Genau so sabelhaft wie im Kriege“, meinen die Schwerverdiener. — O, sie verstehen sich gut, diese lauberdrehten Herren!

Und ihr, katholischen Volksgenossen, ihr vom Hunger verzehrten christlichen Arbeiterfrauen: Wollt ihr diesmal wieder den Klägern und Falschrechnern glauben? Oder wollt ihr nicht lieber uns die Bruderhand reichen, mit uns gemeinsam kämpfen gegen den Lohnraub, gegen die Not und den Hunger, gegen die verbrecherische Brüning-Politik? Verlagt den Zentrumssekretären im Priesterrot den Gehorsam! Wählt am 14. September

die Kommunistische Partei, Liste 4!

### „Der Arme braucht kein Fleisch“

Im Zusammenhang mit den neuen Aprilzöllen wurde die bisherige, schon hart eingeschränkte Einfuhr von billigem Geflügelfleisch beschränkt. Die Armen, die das teure frische Fleisch nicht kaufen können und deshalb, wenn sie nicht ganz auf Fleisch verzichten wollen, auf das billige Geflügelfleisch angewiesen sind, werden damit des Fleisches überhaupt beraubt! Dem aber hat wiederum das Zentrum zugestimmt! Was das „christlich“?

### Wählt Kommunisten!

Die christlichen Arbeiter müssen der KPD. ihre Stimme bei der Wahl geben. — Das allein aber genügt nicht. Viel notwendiger ist der gemeinsame proletarische Klassenkampf um Lohn und Brot. — Daher positive praktische Zusammenarbeit in den Vertrauensleutestörtern der KPD., in den Kampfausschüssen, Streikleitungen, Arbeiterkomitees, in den Wahlauschüssen und allen Einheitsfrontorganen von unten her. — Im Vertrauen gibt es, die Einheitsfront zu schließen und zum außerparlamentarischen Kampfe gegen das Trustkapital und seine Zentrumsstakaten anzuführen.

Und für die kommenden Wahlen gilt für jeden christlichen Klaffgenossen das, was der christliche Betriebsratsvorsitzende Engler von der Firma Wirth u. Co., Gelsenkirchen, aussprach:

„Gerade ich als christlicher Arbeiter habe im letzten Metallarbeiterkampf eine gewaltige Lehre bekommen, wie die Bürokratie des christlichen Verbandes und die des DWA. die Arbeiter geäußert und ihnen den Mut zum Kampf geraubt hat. Ich habe im Nordwest-Kampf gelernt, daß der Weg der KPD. der richtige und siegreiche bei allen Kämpfen ist. Darum fordere ich die Arbeiter auf, am 14. September nur die Partei zu wählen, die für die Arbeiter kämpft, nämlich die KPD.“

Folgt alle dem Rufe dieses christlichen Betriebsrates, wählt KPD. und schließt das Kampfbündnis mit

der Kommunistischen Partei!

## 300 Millionen frißt die Kirche

Die Papst-Kirche verschlingt jährlich aus den profetarischen Kirchensteuergroßen mit Hilfe und unter Führung der preußischen SPD-Minister die Riesensumme von

50 Millionen allein in Preußen.

Außerdem werden den feisten Klädner-Christen durch das Preußen-Konkordat noch jährlich 83 1/2 Millionen Mark in den raubgierigen Taschen geworfen! Das ist mehr als das Zweieinhalbfache der Vorkriegszeit! — Ohne die Klädner, Orden und Kongregationen frißt die deutsche katholische Kirche noch einen

Reichtum von über 300 Millionen Dollar (über 1,2 Milliarden Mark).

Die Klädner-Kirche wadet im Golde, an dem das Blut Millionen Ausgebeuteter fließt. Und im Reichstag lürzen Brüning, Stegerwald und die Bischofsmante cure Unterstüßungen, raubten euch durch Hungerprüdche den Lohn und verteuerten durch Wucherzölle die Lebensmittel.

Das ist die schmutzige Drohe des Ausbeuter-Zentrums



# Rund um den Erdball

**Grausiges Geständnis eines dreifachen Raubmörders**

## Wandertollegen Schädel eingeschlagen

**Der Verhaftete gesteht weitere Untaten**

Walle, 10. September. Der in einem Walde bei Stendal festgenommene 28jährige August Vilde hat in Untersuchungshaft eingestanden, seinen Wandertollegen, den arbeitslosen Friseur Kunze, als dieser schlief, mit einem Knüttel den Schädel eingeschlagen und den noch schwach Lebenden mit einem Küchenmesser erstochen zu haben.

Erst Anfang August dieses Jahres fand man in der Lebusaer Heide die stark in Verwesung übergegangene Leiche des eingeschlagenen Friseurs. Kurz darauf verhaftete man in Waldenburg zwei Handwerksburschen, bei denen mehrere Rasiermesser gefunden wurden. Die Verhafteten gaben an, diese Messer einem anderen Wandertollegen gestohlen zu haben. Auf Grund ihrer Beschreibung gelang es dann, Vilde bei Stendal zu verhaften.

In die Enge getrieben, hat Vilde in der Untersuchungshaft jetzt noch einen, in ähnlicher Weise ausgeführten Raubmord eingestanden. Und zwar fiel dieser Missetat der Arbeiter Hermann Nagel zum Opfer, den er auf

der Wanderschaft nach Hamburg in einem Walde, in der Nähe von Hohenzeihen mit Knütteln niederschlugen hat.

Des weiteren glaubt die Polizei bereits genügend Beweise zu haben, um Vilde auch einen dritten Raubmord nachzuweisen, der im Mai 1926 in der Umgebung von Uelken begangen wurde.

## Explosion in einer Aluminiumfabrik

**Zwei Arbeiter schwer verletzt**

Schwarzenfeld (Pfalz), 11. September. Am Dienstag nachmittag ereignete sich in der Aluminium-Wulverfabrik Lauerbacher & Co. eine folgenschwere Explosion. Sämtliche Maschinen wurden vernichtet. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß in einem Umkreis von 500 Metern alle Fenster und Türen in Trümmer gingen. Die Bevölkerung stürzte in panischem Schrecken auf die Straße. Zwei Arbeiter erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Während der Schaden durch ausreichende Versicherung gedeckt ist, wird die Belegschaft arbeitslos.

## Das rote ABC

W

Dank Wucherer und Wänsche zu Wohlstand kommen, Wird Witwen und Waisen die Wohlfahrt genommen, Von Wirtschaftselend und Wohnungsnot Wird kein Weis, kein Wäntig, kein Wissell bedroht, Für die Wissenschaft ist nichts mehr da, Um so mehr für Wallen und Wehretat, Werk tütige, jetzt heißt es sich wehren Gegen all die Wanzen, die an euch zehren, Gegen Wunderpflaun und Weißgardisten!

**Wählt Kommunisten!**

## Schweres Autounglück bei Mansfeld

**Vier Todesopfer**

Sangerhausen, 10. September. Ein schweres Autounglück ereignete sich am Dienstag nachmittag auf der Landstraße nach Mansfeld. In einem vollbesetzten Ueberlandautobus brach plötzlich eine Welle und durchschlug den Wagenboden. Vier Insassen stürzten durch das Loch unter den fahrenden Wagen und wurden dabei überfahren und getötet.

## Die „dumme“ und die „hochstehende“ Zeitung

In einem Buch „Der Hugenberg-Kongress“ heißt es auf Seite 71 wörtlich:

„Jeder der Zeitungszentralen läßt neben den gewinnbringenden Massenblättern auch eine „hochstehende“ Zeitung erscheinen, begnügt sich dabei mit bescheidenem Gewinn, oder zahlt gar noch etwas dazu. Aber für alle gilt die Wahrheit, die in folgendem Zwiegespräch zum Ausdruck kommt:

Als der Chefredakteur einer „hochstehenden“ Zeitung dem Redakteur der Massenzeitung seines Verlages zurief: „Wie konnten Sie heute früh solche dummen Sensationsnachrichten bringen“, erfolgte die Antwort: „Ich muß eine dumme Zeitung schreiben, damit der Verlag das Defizit Ihrer klugen Zeitung decken kann.“

Niemals ist wohl mit solch zynischen Worten ein Urteil über die dummen Zeitungen gefällt worden. „Morgenpost“, „Grüne Woche“, „Tempo“, „Local-Anzeiger“, „Nachtausgabe“, ja die gesamten Massenblätter der kapitalistischen Verlage sind weiter nichts als Verdummungsorgane für die breiten Massen. Ihre Abonnenten müssen, wie der oben zitierte Kenner der Verhältnisse richtig schreibt, noch die Kosten für die gute interne Berichterstattung für die kapitalistische Klasse bezahlen.

Wenn jetzt also diese Verdummungsorgane für die Parteien des Kapitals werben, wird kein graphischer Arbeiter, der ja aus eigener Anschauung die Richtigkeit der obigen Behauptungen bestätigen muß, auf diesen Dummenfang hereinfallen.

Er wird nicht die Partei der Hitler, Hugenberg, Mosse oder Stampfer wählen, sondern sich für die kommunistische Partei, die die einzige Arbeiterpartei ist, entscheiden. Er wählt ebenso wie alle anderen aufrichtigen Klassenkämpfer nur die Liste 4. (Aus der letzten erschienenen Wahlnummer des „Graphischen Blod“.)

## Fischfang mit Sprengstoffen fordert vier Todesopfer

In der rumänischen Gemeinde Bojan verwendeten Bauern beim Fischfang Sprengstoffe, die infolge unrichtiger Handhabung vorzeitig explodierten. Dabei wurden vier Personen getötet.

## Großfeuer vernichtet ein Chinesenviertel

Nach einer Meldung aus Batavia wurde das Chinesenviertel in Pontianak auf Borneo durch ein Großfeuer vollkommen vernichtet. Der Schaden wird auf sechs Millionen Markt geschätzt.

## Die Programmklärung des ZK. der KPD.

zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes wird von Millionen diskutiert. Die neue Broschüre:

## „Sowjetdeutschland sprengt die Ketten des Youngplans“

enthält die Programmklärung, sowie alle anderen wichtigen Dokumente zum Kampfe der Komintern und der KPD. gegen den Versailler Frieden, gegen den Dawes- und Youngplan. Diese Broschüre wird allen im Lager der SPD, und der Nazis stehenden Arbeiter zeigen, daß der Kampf der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse und gegen die nationale Unterdrückung nur unter der Fahne der kommunistischen Partei geführt werden kann, und daß der Weg dieses Kampfes über die

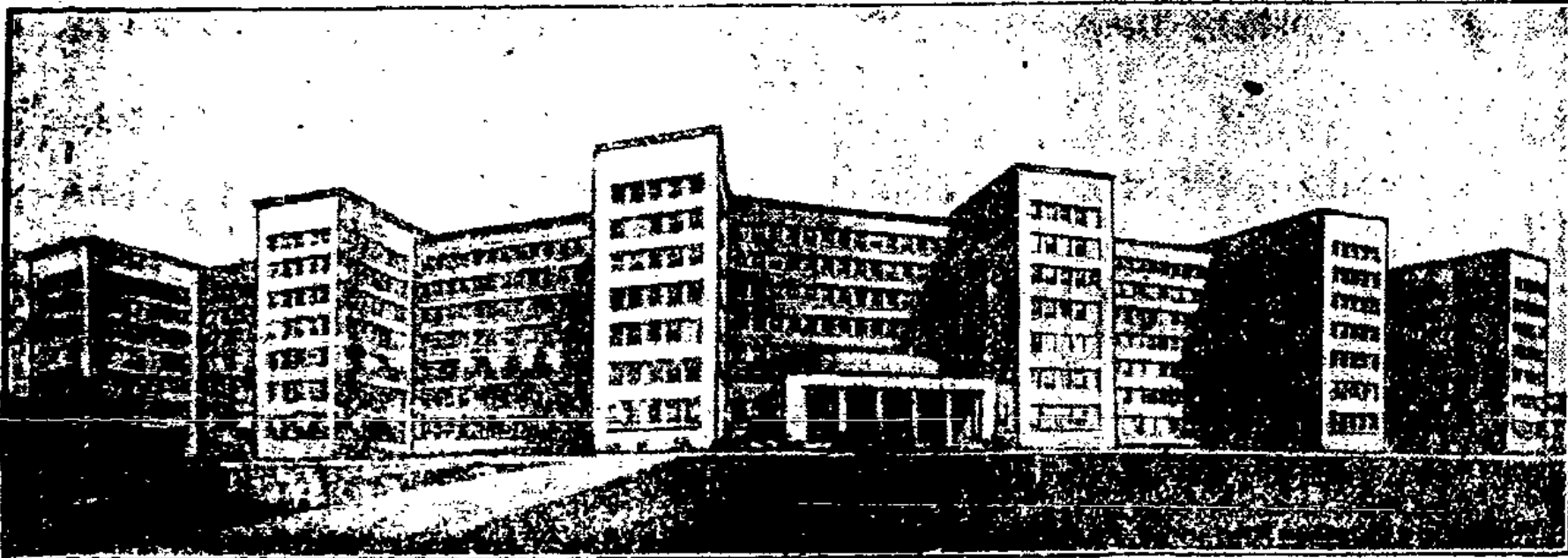
**Errichtung der proletarischen Diktatur SOWJETDEUTSCHLAND**

führt. Werbt neue Mitkämpfer! Stoßt nach! Verbreitet diese Broschüre! — 32 Seiten. 10 Pfennig.



**INTERNAT. ARBEITER-VERLAG BERLIN C 25**

## Neue Giftgaszentrale für den kommenden Krieg



Ab 1. Oktober wird das neue Verwaltungsgebäude der IG-Farben in Frankfurt am Main seiner Bestimmung übergeben. Dieses gewaltige Gebäude ist nach dem Entwurf Professors Pölzigs errichtet worden und auf das allermodernste und raffinierteste ausgestattet. Geld hat bei der Errichtung dieser Giftgaszentrale für den kommenden Krieg absolut keine Bedeutung gehabt. Geld spielt bekanntlich nur dann eine Rolle, wenn es sich um den Bau von Arbeiterwohnungen handelt. Unser Bild zeigt die Forderfront dieser Giftgaszentrale.

## Zepp in Moskau gelandet

**In 28 Stunden von Friedrichshafen zur roten Hauptstadt**

Moskau, 10. September. Das Zeppelin-Luftschiff, das, wie wir bereits gestern berichteten, in Friedrichshafen zur Fahrt nach Moskau aufgestiegen war, ist am Mittwoch mittag 12 Uhr, Moskauer Zeit,

in der roten Hauptstadt des ersten Arbeiter Vaterlandes der Welt gelandet.

Die Landung des Luftschiffes erfolgte, nachdem es mehrere Schleifen über Moskau gefahren hatte. Ungeheure Menschenmengen, in den Straßen und auf den Dächern stehend, beobachteten die Flüge des Luftschiffes. Die Landung auf dem Frunze-Flugplatz, bei der Soldaten der Roten Armee halfen, ging glatt vonstatten.

## Ueberlandflug Moskau-Teheran geclüdt

**Begeisterter Empfang der sowjetrussischen Flugzeuge**

Moskau, 10. September. Die drei sowjetrussischen Flugzeuge, die vor einigen Tagen den Ueberlandflug Moskau-Angora-Tiflis-Teheran-Moskau angetreten haben, sind am Dienstag nachmittag in Teheran gelandet. Auf der Strecke von Tiflis nach Teheran haben die Flugzeuge durchschnittlich 175 Kilometer die Stunde zuri geflegt.

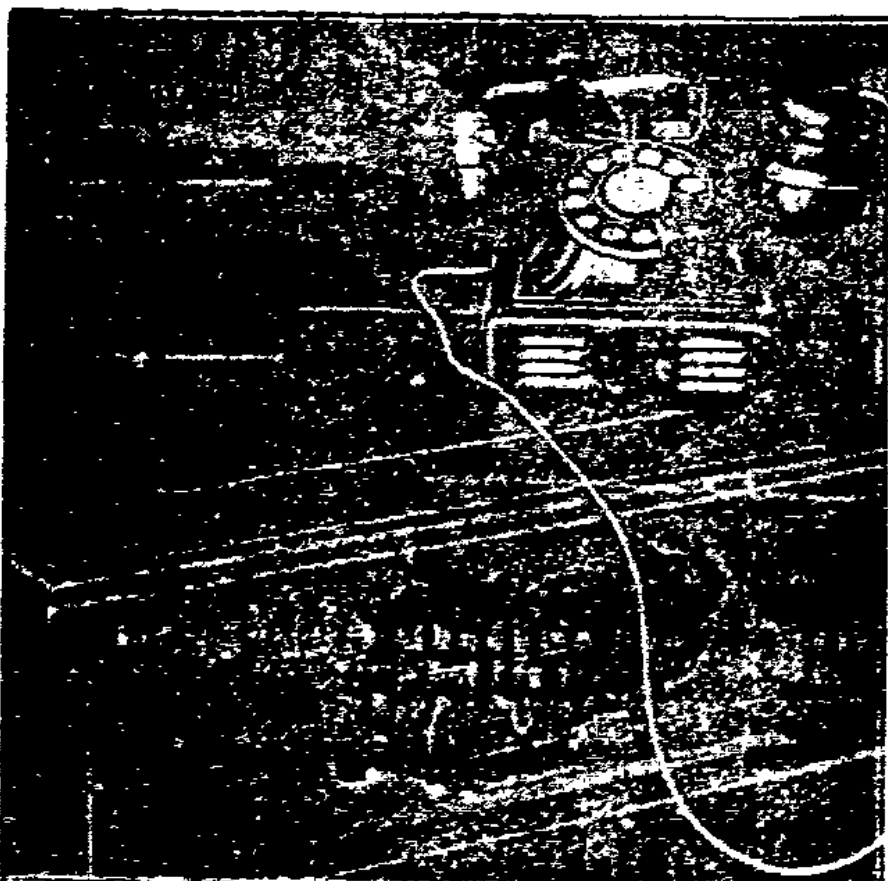
## Absturz eines brennenden Militärflugzeuges

Reudorf, 10. September. In Merida in Mexiko stürzte ein Militärflugzeug aus etwa 300 Meter Höhe brennend ab. Die sechs Insassen, sämtlich Militärpersonen, konnten erst nach Stunden als völlig verkohlte Skelette aus den Trümmern des Flugzeuges geborgen werden.

## Ein sinniges Geschehen

Nach bisher unwidersprochen gebliebenen Zeitungs-meldungen hat kürzlich der Landrat von Dinslaken im Rheinland, ein starrer sozialdemokratischer Oberbozse, einem seiner Bürodirektoren zum 25jährigen Dienstjubiläum „Herzlichen“ gratuliert und ihm als Ehrengabe eine Fredericus-Reg-Figur überreicht. Dieser sozialdemokratische Landrat weiß, was sich gehört. Selbst auf dem Territo starrer Republikaner muß seiner Meinung nach die Koalitionspolitik der „Völkerverhetzer“ sinnigen Ausdruck finden. Also linst die Friedrich-Ebert-Büste, rechts den gipflichen Hindenburg und endlich der alte Fritz mit dem Kränzel in der Mitte.

## Ein Fernsprecher und Fernschreiber



Ab 1. April soll in den verschiedensten Städten des Reiches versuchsweise der Fernsprecher und Fernschreiber eingeführt werden. Der neue Apparat ermöglicht es, daß im Falle, daß der angerufene Teilnehmer sich nicht meldet, der Anrufende seine Mitteilung fernschreiberisch durch Wahl der betreffenden Buchstaben übermitteln kann. Diese Mitteilung wird durch den Apparat des Angerufenen wie bei einem Telegraphenapparat auf einen Papierstreifen, der sich aus dem Apparat heraus abwickelt, selbsttätig aufgezeichnet. Alles ganz gut und schön, aber die Arbeiterschaft kommt erst in den Genuß der Errungenschaften der Technik wenn sie Herr in Sowjetdeutschland ist



# Wir kämpfen für Sowjet-Deutschland

## Mit uns die Jugend - Mit uns die Zukunft!

### Von SPD. bis Brüning, alle für Wahlrechtsraub

In der Zeitschrift „Deutsche Republik“, deren Herausgeber der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe ist, erschien in der Nummer vom 18. August ein Artikel, der die Frage behandelte, welche Haltung die SPD nach den Wahlen einnehmen wird. Als wichtigste Punkte werden genannt:

1. Die Abschaffung des Listenwahlrechts für politische Wahlen, Einmann-Wahlkreise für die Reichstagswahlen;
2. Herabsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre.

Im „Abend“ vom 1. September veröffentlicht der Sozialdemokrat C. Mierendorff, Sekretär der Reichstagsfraktion und einer der Spitzenkandidaten der SPD, einen Artikel, in dem es heißt:

„Ihr (der Kommunisten) harter parlamentarischer Einfluß wird zum Unglück der Arbeiterklasse (!) mit Hilfe des heutigen Wahlsystems künstlich konserviert. Bei ihnen kommen fast 50 Prozent ihrer Stimmen (?) aus der Sammlung ganz kleiner Splittergruppen, die über das ganze Reich verstreut sind und bei einer anderen Wahltechnik von der Sozialdemokratie ohne weiteres eingelappt oder aufgefangen würden.“

Es bleibe auf Grund solcher Überlegungen ganz dahingestellt, bis zu welcher Grenze man bei einer Reform gehen soll. Mindestens die kleine Wahlreform, die die Abschaffung der Listen und Herstellung kleiner, möglichst auf einen einzigen Kandidaten abgestellter Wahlkreise verfolgt, ist im Interesse des Ansehens der deutschen Demokratie (!) geboten.“

Wie tief ist doch die SPD, die einstmalig für das freie Wahlrecht kämpfte, gesunken. Heute ruft sie gemeinsam mit dem Bürgerblock, mit dem Zentrum, des Artikels 48 für den Wahlrechtsraub.

### „Die Zwanzigjährigen sind unreif“

Am 16. August hielt der zentralistische Reichsinnenminister Dr. Wirth, führendes Mitglied des Reichsbanners, eine Wahlrede in Götting, in der er zu der Frage der „Wahlrechtsreform“ ausführte:

„Es ist ein Unsinn, wenn von Zwanzigjährigen die Politik bestimmt wird.“

So schließt sich der Ring der reaktionären Einheitsfront gegen das Wahlrecht von der SPD. bis zum Bürgerblock.

### SPD., die Feindin der Jugend

#### 21 Monate Hermann-Müller-Regierung - eine Kette des Verrats an den Interessen der werktätigen Jugend

Hätte schon die Bürgerblockregierung an jugendfeindlicher Politik nichts zu wünschen übrig gelassen, so bemühte sich die Hermann-Müller-Regierung in ihren 21 Monaten Ministerverantwortung, den Bürgerblock noch zu übertrumpfen.

Im Januar 1929 brachte der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell den Entwurf eines „Arbeitschutzgesetzes“ ein, das im Jahre 1927 von der Bürgerblockregierung ausgearbeitet und von der SPD. in scharfen Worten

„bekämpft“ worden war. In zahlreichen Rundgebungen hatte die SPD. die entschiedene Ablehnung dieses Gesetzes versprochen. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes, das ein Schlag gegen das Jungproletariat ist, verbergen sich unter dem verlogenen Titel: „Erhöhter Schutz für jugendliche Arbeitnehmer.“ Dieser „Schutz“ sieht folgendermaßen aus:

Schrankenlose Ausdehnung der Arbeitszeit für Jugendliche unter der schwindelhaften Festlegung einer „Höchstgrenze“ der Arbeitszeitverlängerung, die aber wiederum unter allen möglichen Vorwänden, wie der „Gefahr des Verderbens von Nahrungsmitteln und Arbeitszeugnissen, oder sonstigen Gründen des Gemeinwohls, Erfordernissen der Berufsausbildung, und im Falle eines Krieges und einer die Landesverteidigung gefährdenden Wirtschaftskrise“ nach Belieben des Unternehmers ausgedehnt werden kann.

#### Wissell verordnet Kinderausbeutung

Ein anderer Paragraph öffnet der Kinderausbeutung Tür und Tor. Während die Gewerbeordnung das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren ausspricht, bestimmt der Entwurf des Sozialdemokraten Wissell, daß Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen.

Zur ewigen Schande der SPD. besagt der Abschnitt 5 des § 24 dieses Gesetzes: „Die tägliche Höchstarbeitszeit für Kinder darf sechs Stunden betragen.“ Berücksichtigt muß noch werden, daß Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht, Fischerei, Schifffahrt und Hauswirtschaft nicht unter das Arbeitschutzgesetz fallen, so daß auch hier in diesen wichtigen Zweigen die Kinderausbeutung ihren rohen und grausamen Lauf ungehindert nehmen kann.

Zugelassen ist in dem Gesetz ferner Sonntagsarbeit für die Jugendlichen. Eine Urlaubsgewährung ist gesetzlich nicht verankert.

Neben der SPD., deren Minister dieses Gesetz zur Ausbeutung der Jugend und Kinder des werktätigen Volkes dem Reichstag vorgelegt hat, tragen die Verantwortung dafür das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei. Dadurch wird die demagogische Agitation ihrer Jugendorganisationen für „ausreichenden Jugendschutz“ im Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände gründlich entlarvt.

Auch die Nazis, die die Jugend für die Zwecke des Faschismus zu mißbrauchen versuchen, haben dieses Gesetz gebilligt. Während der ganzen Dauer des Reichstages fand nicht ein einziger nationalsozialistischer Abgeordneter ein Wort zu diesem Schandgesetz.

Nicht zu vergessen ist das Preußenkonkordat, das vom Sozialdemokraten Otto Braun und der SPD. im Preußischen Landtag angenommen wurde und das der Verdummung des werktätigen Volkes, besonders aber der Jugend weitgehendste Unterstützung gewährleistet.

#### Zensur! Zensur! Zensur!

Im Juni 1929 legte Genetring einen besonderen Gesetzentwurf zur Verringerung des Lichtspielgesetzes vor, der sich in seinen Verbotbestimmungen besonders scharf gegen die Jugendlichen richtet. Filme dürfen vor Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nur aufgeführt werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Als Grund für die Nichtzulassung jugendlicher bis zu 18 Jahren zu bestimmten Filmvorführungen wird der sehr dehnbare Begriff der „Uebersetzung der Phantasie“ zusammen mit den aus dem Keubellischen Repertoire entnommenen Vorwänden der „stillehigen Gefahr“ sowie der Bewahrung vor Schund und Schmutz und ähnliches angegeben.

Die Landesbehörden haben außerdem das Recht, noch weitere Zensurbestimmungen gegen die Jugendlichen zu verhängen.



Artur Becker, Metallarbeiter, Kandidat der werktätigen Jugend auf der Reichsliste der KPD.

## Die Partei der kämpfenden Jugend

Die kommunistische Partei bewies, daß sie die einzige Partei ist, die auch im Parlament ebenso wie im Betrieb und in der Schule für die Interessen der arbeitenden Jugend eintritt und die Kämpfe und Forderungen des Jungproletariats zu ihren eigenen macht.

Kurz nach den Maiwahlen 1928, am 11. Juli 1928, brachte die kommunistische Partei im Reichstag als einen ihrer ersten Anträge die Kampfforderungen der arbeitenden Jugend ein. Diese Forderungen entsprechen in ihrer Grundlinie dem Programm des 1. Internationalen Jugendkongresses 1907 in Stuttgart. Aber die kommunistische Partei hält nicht nur an den Traditionen der revolutionären Jugendbewegung, die von der Sozialdemokratie in den Rot getreten werden, fest, sondern sie verwirklicht auch die Forderungen der schaffenden Jugend.

In der Sowjetunion sind die Forderungen der jungen Generation, die das kostbarste Gut des Sozialismus ist, vor allen anderen Schichten in erster Linie in die Tat umgesetzt.

Die wichtigsten Punkte des von der Reichstagsfraktion eingebrachten Kampfprogramms, für die es sich wahrlich zu kämpfen lohnt, sind:

#### Schutz der jugendlichen Arbeitskraft

1. Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden für alle jugendlichen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge bis zu 18 Jahren, ohne Verminderung des Lohnes. Die Arbeitswoche darf 34 Stunden nicht überschreiten.
2. Einrechnung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit bei voller tariflicher Bezahlung.
3. 44stündige Sonntagsruhe, die bereits am Sonnabend mittag beginnt.
4. Verbot jeder Nachtarbeit und Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge in der Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.
5. Bezahlter vierwöchiger Urlaub im Jahre für alle Jugendlichen und Ermöglichung des kostenlosen Aufenthalts der Jugendlichen in Ferienheimen, Sanatorien usw.
6. Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre in Gewerben und Betrieben und an Arbeiten, die gesundheitsschädlich sind (Glasbläse, Untertagearbeit in Bergwerken, bestimmte Zweige der chemischen Industrie). Vollständiges Verbot der Astorarbeit für alle Jugendlichen.

#### Berufsausbildung und Lehrlingswesen

1. Obligatorische und vollständige Berufsausbildung für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre.
2. Die Berufsausbildung muß in Betriebschulen verwirklicht werden, wo die theoretische und praktische Schulung in enger Verbindung mit der Produktion erfolgt. Schaffung von

besonderen Lehrwerkstätten durch Staat und Kommunen für eine Reihe von Handwerks- und Kleinbetrieben.

3. Abschaffung der individuellen Lehrverträge. Regelung aller Fragen der Berufsausbildung durch Tarifverträge. Die den Handwerkskammern und Innungen bisher zustehenden Rechte und Vollmachten zur Regelung der Berufsausbildung sind aufzuheben.

4. Aufhebung der Lehrlingszüchterei durch scharfe Bestimmungen über das Recht, Lehrlinge zu halten (Höchstzahl der Lehrlinge auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitern, strenge Bestrafung der Mißhandlungen, Übertretung der Arbeitszeit- und Jugendschutzgesetze).

5. Strengstes Verbot jeder Beschäftigung von Lehrlingen zu außerberuflichen Arbeiten, wie Aufräumungsarbeiten, Hausarbeiten usw.

6. Festlegung der Lehrzeit auf zwei Jahre, für besonders schwer erlernbare Berufe auf drei Jahre, einschließlich der Probezeit. Verbot der sofortigen Entlassung ausgeleierter Lehrlinge, Weiterbeschäftigung mindestens ein halbes Jahr nach Beendigung der Lehrzeit.

7. Verbot des Kost- und Logiszwanges.

8. Die Schüler der Berufsschulen erhalten die für die Zwecke der beruflichen Ausbildung notwendigen Lernmittel kostenlos geliefert.

## Im „Dritten Reich“: Zwangsjacke Arbeitsdienstpflicht

In den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, dem theoretischen Organ der Hakenkreuzpartei, ist in einem Artikel „Deutsches Arbeitsdienstjahr“ folgende programmatische Forderung der NSDAP. ausgesprochen:

„Gründlicher Umbau der Sozialpolitik tut not. In jedem Jahr

#### eine Million junger Deutscher in den Arbeitsdienst

einzustellen... Mit Einführung des Arbeitsdienstjahres wäre mit einem Schlag die Regierung ihrer schwersten Sorge los und ledig.“

Der einzige Erwerbslosenrat der Nazis fordert Arbeitsdienstpflicht für alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr, zwischen ihrem 17. und 21. Lebensjahre.

In ihrem Antrage fordern die Nazis, „die Arbeitsdienstpflicht, soweit Bedürfnisse vorliegen, auf dem Lande auszuüben (als Fronarbeit bei den Junkern!), sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates“.

#### Gegen die nationalsozialistischen Jugendfeinde und Sklaventreiber kämpft mit der Partei der Liste 4!



# Die Sozialpolitik der proletarischen Diktatur

Die gesamte Wahlkampagne sowohl der SPD, als auch der sozialdemokratischen Presse richtet sich vor allem gegen die Sowjetunion und nicht zuletzt gegen die „Ausbeutung“ der Werktätigen durch die „Stalin-Diktatur“. Wir wollen hier an der Hand von offiziellstem Material über den Stand des Arbeiterlohnes und der Sozialversicherung in der Sowjetunion den deutschen Arbeitern einiges mitteilen.

Sofort nach der Machtergreifung durch das Proletariat am 30. Oktober 1917, als an der Peripherie von Leningrad die Kationen noch nicht verstimmt waren, erließ die Sowjetregierung eine Proklamation, die das Programm der Regierung auf dem Gebiete der Sozialversicherung enthielt. Diese Deklaration beruhte auf den grundlegenden Thesen von Lenin in der Frage des Arbeiterversicherungswezens. Am 17. November und 11. Dezember 1917 wurde die Arbeitslosenversicherung durch weitere Dekrete ergänzt und ausgebaut.

Das Arbeitsgesetzbuch der UdSSR sieht folgende Leistungen der Sozialversicherung vor: a) ärztliche Behandlung, b) Auszahlung einer Unterstützung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, c) Zusatzleistungen (Stillegeld, Säuglingsaussteuer, Sterbegeld usw.), d) Arbeitslosenunterstützung, e) Invalidenrente, f) Hinterbliebenenfürsorge usw. Das Dekret vom 15. Mai 1929 sieht noch eine besondere Auszahlung von Altersrente vor.

Schon das Organisationsystem der Sozialversicherung in der UdSSR unterscheidet sich grundfänglich von den Systemen in den kapitalistischen Ländern. Bekanntlich werden in allen kapitalistischen

ländern die Organe der Sozialversicherung geleitet und verwaltet, entweder von den Unternehmern allein oder von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft, oder aber von Vertretern der staatlichen und kommunalen Behörden.

In der Sowjetunion dagegen werden die Versicherungskassen ausschließlich von Vertretern der versicherten Arbeiter und Angestellten verwaltet.

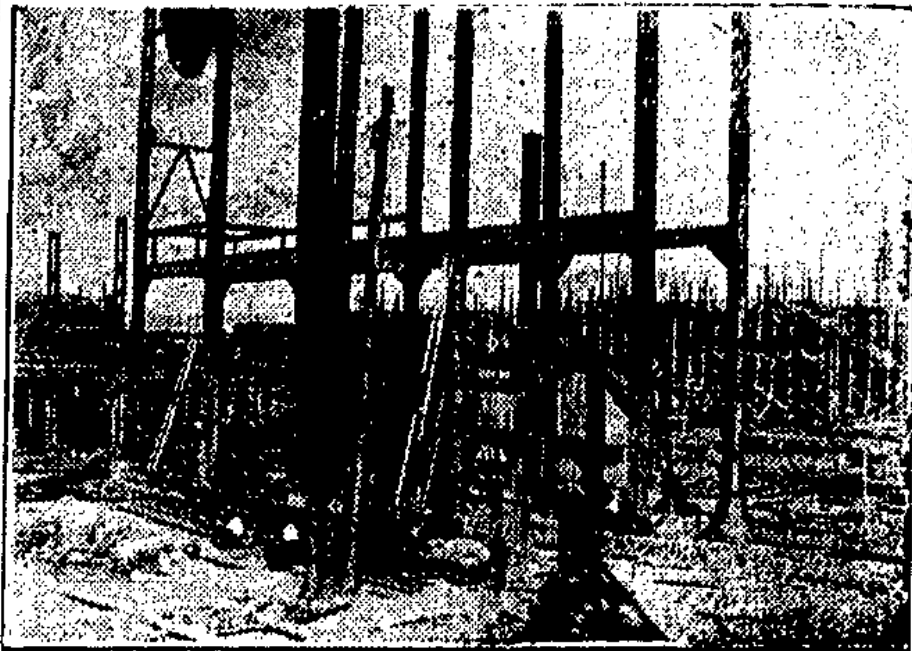
An der Spitze einer jeden Versicherungskasse steht ein Komitee, gewählt auf den Gewerkschaftsversammlungen. Weder die Komitees noch die Revisionskommissionen bedürfen einer Bestätigung seitens der Regierungsbehörden. Das Prinzip der proletarischen Demokratie kommt hier voll und ganz zum Ausdruck.

Ein weiteres Merkmal, wodurch das Versicherungswesen in der Sowjetunion von dem der kapitalistischen Länder sich unterscheidet, ist seine Einheitlichkeit. In der UdSSR gibt es keine besonderen Krankenkassen für die einzelnen Zweige des Versicherungswesens, wie es in den kapitalistischen Ländern der Fall ist. In der UdSSR trifft die Versicherungskasse Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten in sämtlichen Fällen, wo sie ihren Verdienst einbüßen. Für Organisationszwecke wendet die Sozialversicherung der Sowjetunion nur 1,94 Prozent der Gesamtausgaben auf, während die Aufwendungen der Versicherungskassen der kapitalistischen Länder hierfür durchschnittlich 6 bis 7 Prozent betragen.

weilige Arbeit im Verlauf von weniger als sechs Monaten, sowie für Personen, die in Arbeitslosenkollektiven beschäftigt sind, ... nicht unterbrochen wird.

Personen, die 18 Monate lang eine Unterstützung bezogen haben, können jedoch das Recht auf eine Unterstützung im Verlauf von weiteren 18 Monaten wiedergewinnen, falls sie insgesamt mindestens sechs Monate wieder gearbeitet haben. Dabei werden bei der Berechnung der 18 Monate nicht die Unterstützungen mit eingerechnet, die ein Arbeitsloser während einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit, unabhängig von ihrer Dauer, bezogen hat.

Abgesehen von den Geldunterstützungen genießen die Arbeitslosen in der UdSSR noch eine ganze Reihe von materiellen



Eine zweite Industrieanlage nach dem Muster des Dnjeprostrojs. Im Don-Gebiet hat der Bau einer elektrischen Riesenstation begonnen, die den Strom für den ungeheuren Stalin-Kreis, alle seine Hunderte von Gruben, Dutzende von Werken und Dörfern liefern soll.

## Unterstützung in voller Lohnhöhe ohne Beitragspflicht

Artikel 175 des Arbeitsgesetzbuches sieht vor: Die Sozialversicherung sämtlicher gegen Entgelt beschäftigten Personen, unabhängig davon, ob sie in staatlichen, kommunalen, genossenschaftlichen, konfessionierten, gepachteten, gemietheten oder privaten Betrieben, Verwaltungen oder Wirtschaften oder bei Privatpersonen beschäftigt sind und unabhängig von der Natur und der Dauer ihrer Arbeit und der Art ihrer Entlohnung.

Die Anzahl der Personen, die durch die Sozialversicherung in den letzten Jahren erfasst worden sind, betrug:

Wirtschaftsjahr	Zahl der Lohnarbeiter (in 1000)	Zahl der Versicherten (in 1000)	Prozentzahl
1922/23	6 736,0	5 241,0	78 %
1924/25	8 215,3	6 720,8	81,5 %
1925/26	9 843,5	8 186,0	83,2 %
1927/28	10 555,0	49 673,5	91,0 %

Die Anzahl der versicherten Personen für 1929-1930 liegt noch aus. Sie wird aber die Zahl der Versicherten von 1927-1928 schätzungsweise um 15 bis 20 Prozent übersteigen.

Aus der oben angeführten Tabelle geht mit der größten Deutlichkeit hervor, daß die Gesamtzahl der Lohnarbeiterschaft durch die Sozialversicherung erfasst ist.

Von allen Systemen in den kapitalistischen Ländern unterscheidet sich gerade das Finanzsystem des Versicherungswesens

ihres Gesamtbudgets aus. Die Aufwendungen für die Heilbehandlung wachsen von Jahr zu Jahr (im Jahre 1925/26 gleich 192,6 Millionen Rubel, 1926/27 = 234,7, 1928/29 = 259,1 und im laufenden Wirtschaftsjahr über 312 Millionen).

Im Fall vorübergehender Arbeitsunfähigkeit wird allen Versicherten ohne Ausnahme in Höhe des vollen Verdienstes Unterstützung gewährt. Sowohl Ledige, als auch Verheiratete. In keinem einzigen kapitalistischen Lande wird bei vorübergehender Arbeitslosigkeit der volle Arbeitsverdienst ausgezahlt.

Die Fürsorge für die Arbeiter in der UdSSR hat, wie bereits bekannt, zu einer sehr starken Abnahme der Sterblichkeit geführt. Ebenso ist die Dauer der Erkrankungen in der UdSSR bedeutend kürzer als in den kapitalistischen Ländern. So betrug die mittlere Dauer einer Erkrankung in der UdSSR im Jahre 1928/29 9,2 Tage, in Deutschland dagegen im Jahre 1928 24,2 Tage.

Die Sanatorien, Erholungsheime, Kurorte, wo jetzt schon mehr als 1 Million Arbeiter jährlich zur Erholung untergebracht werden, haben auch hier ihre Wirkung nicht verfehlt. Die prächtigen Paläste der ehemaligen Fürsten und Edelleute in der Krim, des Kaukasus sind in Erholungsheime für Arbeiter und Angestellte verwandelt worden. Die Dauer des Verweilens in den Erholungsheimen schwankt zwischen 14 und 30 Tagen, in den Sanatorien und Kurorten zwischen 1 und 3 1/2 Monaten. Im Verlaufe dieser Zeit bezieht der Versicherte, abgesehen von der kostenlosen Behandlung, dem unentgeltlichen Unterhalt und der Freiluft für die Hin- und Rückfahrt, noch eine Unterstützung von der Versicherungskasse, wie im Krankheitsfall in der Höhe seines tagtäglichen Verdienstes.

## Der Schutz der Mütter

Während der Schwangerschaft und der Niederkunft wird der Frau für einen Zeitraum von acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft vollständig der Lohn ausgezahlt. Landarbeiterinnen ebenso wie solche Frauen, die sich mit geistiger Arbeit befassen, bekommen ungelürzten Lohn während sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft. Ferner wird eine Säuglingssteuer an alle Arbeiterinnen, Arbeitslose und Rentempfängerinnen, ebenso an die Frauen von Arbeitern, von Arbeitslosen und Rentempfängern gewährt. Stillegelder werden neun Monate lang gezahlt. Besont muß werden, daß in der UdSSR, dank dem Umstand, daß die Arbeiterin den vollen Arbeitsverdienst bei der Schwangerschaft ausgezahlt bekommt, auch ihr gesetzlich zustimmender Urlaub in der Tat ausgenutzt wird. Demgegenüber ist die Frau in den kapitalistischen Ländern gezwungen, um einen Teil des Verdienstes nicht zu verlieren, fast bis zum Tage der Niederkunft zu arbeiten.

## Arbeitslosenfürsorge der proletarischen Diktatur

Die Erwerbslosen, deren Zahl früher in der UdSSR über 1 Million betrug, rekrutierten sich vor allem aus der Agrarüberföderung des Landes. So bestanden von sämtlichen 1 228 000 in den Arbeitsnachweisen am 1. August 1929 registrierten Arbeitslosen 60 Prozent aus unqualifizierten und darunter 35 Prozent aus Personen, die zum erstenmal Arbeit suchten. Aus den letzten telegraphischen Mitteilungen geht aber schon hervor, daß es nicht nur eine Erwerbslosigkeit unter den qualifizierten Arbeitern nicht mehr gibt, sondern daß es an solchen in allen Industriegebieten mangelte. Die noch registrierten Erwerbslosen sind durchweg ungelernete Arbeiter, die aber jetzt auf verschiedenen Schulen und Kursen sich in einem Fach ausbilden, um im Produktionsprozeß verwendet zu werden.

Das sind die bereits erzielten Resultate des Fünfjahresplanes, dessen Durchführung man noch vor anderthalb Jahren als „Illusion“ bezeichnete.

Die Dauer, während welcher der Arbeitslose die Arbeitslosenunterstützung in voller Höhe erhält, beläuft sich auf 18 Monate, wobei die Periode der Arbeitslosigkeit durch zeit-

riellen Unterstützungen, die ihre Lage noch bedeutend verbessern. So erhalten Arbeitslose in der UdSSR eine Wohnung fast unentgeltlich, da die Miete für Arbeitslose höchstens 5,5 Kopfen (d. h. 11 Pfennig) pro Quadratmeter beträgt. Ferner verteilen die Arbeitsnachweise zum Teil kostenlos, zum Teil zu sehr ermäßigten Preisen Guttscheine für Mittagessen. Für alle Kommunaldienste sowie für Straßenbahnfahrten hat der Arbeitslose keine Bezahlung zu entrichten.

Dem Arbeitslosen wird in der UdSSR Hilfe noch in der Weise erwiesen, daß er zum Zweck der Fortbildung und der Ausbildung in einem neuen Beruf auf kurze und in Spezialbetriebe geschickt wird, wobei er die Arbeitslosenunterstützung auch während der Zeit der Ausbildung weiterbezieht. So betrug bereits im Jahre 1928/29 die Zahl solcher Arbeiter, die ein neues Fach gelernt haben, bzw. in ihrer Ausbildung sich fortentwickelten, nicht weniger als 83 000, im laufenden Wirtschaftsjahr aber wird die Zahl voraussichtlich 250 000 erreichen. Hier ist auch die Erklärung, warum selbst die Zahl der unqualifizierten erwerbslosen Arbeiter in der letzten Zeit in der Sowjetunion so stark abgenommen hat. Die große Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern ist zum Teil dadurch gedeckt worden.

## Der Siebenstundentag

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Sowjetunion wurde ein Manifest erlassen, nach dem bis zum Jahre 1932 alle Arbeiter zum Siebenstundentag übergehen müssen, wobei die jährliche Zahl in der Zeit von 1928 bis 1932 etwa 20 Prozent ausmachen soll. Der Siebenstundentag über Tage oder der Sechsstundentag unter Tage bedeutet eine vollständige kulturelle Umwälzung. Der Siebenstundentag bietet der Arbeiterschaft große Möglichkeiten sowohl ihre Zeit für Selbstbildung zu verwenden, als auch für die weitere berufliche Ausbildung. Er trägt ungeheuer viel zu der Hebung des allgemeinen Wissensstandes der Arbeiterklasse bei und stellt einen hervorragenden Faktor der Gesundung der Arbeitsbedingungen und der Lebenshaltung der Arbeiterschaft dar. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden nicht nur keine Kürzung des Lohnes forderte, sondern im Gegenteil hat er eine Steigerung desselben zur Folge. Das Programm der kommunistischen Partei der Sowjetunion enthält einen besonderen Punkt über den allmählichen Übergang zum Sechsstundentag. Es besteht kein Zweifel, daß mit der Verwirklichung des Fünfjahresplanes im Jahre 1932 an die Verwirklichung auch dieses Programmpunktes wird herantreten werden können.

## Die Fünftagewoche

Im September 1929 erschien ein Dekret des Rates der Volkskommissare, nach dem in sämtlichen Betrieben und Regierungsstellen die Fünftagewoche (vier Tage Arbeit und ein Tag Ruhe) eingeführt werden muß. Dieses Dekret ist bereits zur Wirklichkeit geworden. Es erübrigt sich zu sagen, welche Bedeutung sowohl für den gesundheitlichen, als auch für den kulturellen Zustand eines jeden Arbeiters die Fünftagewoche bedeutet. Die Verwirklichung des Fünfjahresplans in vier Jahren wäre wahrscheinlich ohne diese Umwälzung nicht gut denkbar.

So sehen Arbeiterlohn und Sozialversicherung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus. Es dürfte demnach dem Arbeiter, der am 14. September zur Wahlurne schreitet, nicht schwer fallen, zwischen einem Sowjetdeutschland und der Sklarek-Republik seine Wahl zu treffen.



Die 24 000 Kilowatt starke Turbine der neuen Ueberlandzentrale in Tscheljabinsk (Ural). Die Station liefert den Strom für das ungeheure Industriegebiet des südlichen Ural.

der Sowjetunion. Hervorzuheben ist vor allem, daß der Arbeiter und der Angestellte von jeglichen Lasten für Sozialversicherung befreit ist. Artikel 178 des Arbeitsgesetzbuches bestimmt: „Die Versichertenbeiträge werden von den Betrieben, Verwaltungen, Wirtschaften oder Personen geleistet, die Lohnarbeit verwenden, ohne berechtigt zu sein, den Versicherten zu Beitragsleistungen heranzuziehen oder vom Lohn Abzüge zu machen.“ Jeder ungesetzliche Abzug wird als Straftatbestand geahndet.

Die Ausgaben pro Kopf und Jahr des versicherten Arbeiters sind in stetem Steigen begriffen; betrugen z. B. die Ausgaben pro Versicherten noch im Jahre 1924-1925: 70,56 Rubel, so liegen dieselben im Jahre 1926-1927 auf 96,37, im Jahre 1928-1929 auf 111,17 Rubel zu steigen. Im Jahre 1929-1930 ist ebenfalls eine wesentliche Zunahme der Ausgaben für jeden Versicherten zu verzeichnen.

Wägt man zu diesen Summen die Ausgaben für die Unterstützung der Arbeitslosen, die noch aus dem Gemeindefinanzhaushalt fließen, so betrug die Gesamtsumme der Ausgaben pro Versicherten bereits im Jahre 1928/29 mehr als 130 Rubel.

## Die Leistungen steigen

Vor allem ist die ärztliche Behandlung hervorzuheben. Die Versicherungskassen geben dafür etwa 27 Prozent



Wuchtiger Auftakt zum 14. September

Ueberfüllte Massenfundgebung im „Schießwerder“

Genosse Wollweber rechnet mit den Faschisten ab — Stürmische Vertrauensbetreibungen für die Kommunistische Partei — Ueber 50 Neuaufnahmen

Zum zweitenmal in diesem Wahlkampf folgten die Massen der werktätigen Bevölkerung Breslaus dem Rufe der Partei zu einer großen Saalveranstaltung. Wie bei der Wahlmann-Fundgebung im „Sunapart“, so strömten gestern schon Stunden vor Beginn die Arbeiter, Arbeiterfrauen und Jungarbeiter, die Angehörigen der werktätigen Mittelschichten in den „Schießwerder“.

Genosse Wollweber stellt zuerst fest, daß die KPD den Wahlkampf im Angriff führt. Der Wahlkampf der Kommunisten ist eine vorbereitende Arbeit für die proletarische Revolution. Es komme darauf an, gerade in der heutigen sich immer mehr verschärfenden politischen Situation größere Massen von den gegnerischen Parteien loszulösen und sie der roten Massenfront einzugliedern.

Faschisten über. Er setzt an Hand der einzelnen politischen Handlungen der Nazis auseinander, daß diese Partei weder eine Partei zur Vertretung der nationalen Interessen, noch eine sozialistische oder gar Arbeiterpartei sei. Die angeführten einzelnen arbeiterselbstlichen Handlungen brachten den eindeutigen Beweis, daß der Galenkrenzfaschismus eine der letzten Stützen des kapitalistischen Systems

ist. Den verheerendsten Kampf gegen den Marxismus, wie ihn die Galenkrenzler aufwiesen, rückt der Genosse Wollweber in das richtige Licht. Er setzt der Versammlung einige Grundzüge der marxistischen Theorie auseinander und beweist dann, daß gerade durch die heutigen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen ein glänzendes Zeugnis für die Richtigkeit der marxistischen Theorie abgelegt werde.

Der zweite Teil des Referats ist die Behandlung des Verhältnisses zwischen Galenkrenz und Sozialfaschismus. In drei Etappen zeigt Genosse Wollweber die Entwicklung der SPD. von einer einstmals sozialrevolutionären, zur reformistischen und schließlich zur

sozialfaschistischen Partei. Der Sozialfaschismus, der ebenfalls ein System zur vollständigen Unterdrückung der Arbeiterklasse sei, finde seine Träger in der SPD-Führerschaft. Unter der Zustimmung der gesamten Versammlung und bei stürmischen Entzückungskrufen wird dann ein Auszug aus dem endlos langen Schuldenkonto der SPD gegeben. Die einzelnen Beispiele zeigen, daß die SPD-Politik eine

ununterbrochene Kette des Massenverrats an dem proletarischen Interesse ist. Die „linken“ SPD-Führer hätten die Funktion, das politische Bildfeld durch radikale Phrasen zu vernebeln, damit die SPD-Arbeiter nicht klar den arbeiterselbstlichen Charakter der SPD-Politik erkennen können. Im Schlußteil des Referats gibt dann Genosse Wollweber einen politischen Ausblick. Er zeigt die Liquidierung der demokratischen Kräfte und die immer stärker werdende Anwendung faschistischer Gewaltmethoden gegen das sich revolutionisierende Proletariat, daß für den kapitalistischen Staat eine immer größer werdende Gefahr darstellt.

Er zeigt die Unmöglichkeit der Zerreißung des Young-Plans durch die Nationalsozialisten, entlarvt ihre Anti-Young-Propaganda als ein demagogisches Manöver. In einzelnen Beispielen, verbunden mit einer Unterfuchung der realen Kräfteverhältnisse, setzt Genosse Wollweber auseinander, daß nur ein Sowjetdeutschland die Young-Fesseln sprengen kann, und daß die engsten wirtschaftlichen Beziehungen des kommenden Sowjetdeutschlands mit Sowjetrußland Brot und Arbeit für die deutschen Arbeiter bringen.

(Vangankhaltender, stürmischer Beifall.) Die Programmklärung des Zentralkomitees der KPD. findet in der Versammlung eine glänzende Aufnahme.

Mit einem Appell zur vielfachen Verstärkung der mobilisierenden und organisierenden Arbeit schließt dann der Genosse Wollweber seine von den Massen mit der größten Begeisterung aufgenommene Rede.

Trotz wiederholter Aufforderung wagte es keiner der anwesenden Gegner, das Wort zu ergreifen. Stillschweigend gaben sie zu, daß die Ausführungen des Genossen Wollweber und die von ihm angeführten Tatsachen keinerlei Gegenargumente auslösen können. Unter der Entzückung der Versammlung gab der Versammlungsleiter, Genosse Brodke, den heimtückischen

Ueberfall faschistischer Banditen auf den Genossen Max Hoelz bekannt, der sein Gegenstück findet in dem am gleichen Abend stattgefundenen Ueberfall sozialfaschistisch verhetzter Reichsbanner-Koll. Kommandos auf die Flugblattverteiler des kommunistischen Jugendverbandes vor dem Breslauer Gewerkschaftshaus. Die Aufforderung zum wechselfausten Massenkampf gegen die braune Morbpest fand lebhafteste Zustimmung. Ueber 50 Arbeiter und Jungarbeiter reichten sich in die rote Kampffront ein und vollzogen ihren Eintritt in die Partei und den Jugendverband. Eine ansehnliche Summe wurde für den Wahlfonds der Partei gesammelt.

Mit dem Gelöbnis der Versammlung, unter der Führung der kommunistischen Partei den Kampf weiter zu führen und einem begeistert aufgenommenen „Rot Front“ fand die wichtige Fundgebung ihren Abschluß.

Erwerbslose marschieren auf

Für den gestrigen Nachmittag rief der Landeserwerbslosen-ausschuß die Arbeitslosen zu einer Kundgebung auf. Obwohl noch am Morgen die Polizei gegen die Abhaltung der Kundgebung, auf dem Neumarkt nichts einzunehmen hatte, war beim Auftreten der Arbeitslosen ein Massenaufgebot von Schutzbeamten anwesend, die die Demonstranten auf den Ritterplatz abdrängten. Genosse Kolberg vom Landeserwerbslosenausschuß wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung des Reichserwerbslosenfestes hin, an dem die Erwerbslosen in allen Orten Deutschlands zu Kampfdemonstrationen für ihre Forderungen aufmarschieren. Seine Ausführungen klangen aus in dem Appell, den verschärft Kampf gegen die Verschlechterungen der Erwerbslosenversicherung, für Erhöhung der Unterstützung und für eine Winterbeihilfe aufzunehmen. Die Führerin des Kampfes für Brot und Arbeit ist die kommunistische Partei. Deshalb muß jeder Erwerbslose am 14. September seine Stimme der Liste 4 geben und damit zum Ausdruck bringen, daß er gewillt ist, gegen das Hungerdasein anzukämpfen. Mit diesem Gelöbnis gingen die Demonstranten auseinander. Alles für den Sieg der Liste 4, ist die Losung, für deren Verwirklichung auch die Breslauer Erwerbslosen eintreten werden.

Mittelschlesien

Treiben. Wahlbehinderung durch Polizeimeister Kalawja. Am Sonntag, dem 7. September, veranfaltete die SPD. auf dem Marktplatz eine Wahlkundgebung, wo Janotta, M. d. L., sprach. Daß die Massen mit seinen Ausführungen nicht einverstanden waren, bewies der schwache Beifall. Nach einiger Zeit sprach der Jugendgenosse Köstler, Breslau, welcher die Schandtat der SPD. Brandmarke. Da fürzte auf einmal der Polizeimeister Kalawja wie wildgeworden auf den Genossen Köstler und führte ihn unter Prüerufen der Anwesenden ab. Während man dem Genossen Köstler erklärte, daß er sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht habe und er in „Schußhaft“ sei, sprach ein Trebnitzer Genosse weiter. Unter dem Druck der Massen erfolgte die sofortige Freilassung des Genossen Köstler. Nachdem die SPD. abgezogen war, marschierte die SM. durch Trebnitz. Zwoifelhafte aus der Bevölkerung bewiesen, daß die Nazis Trebnitz nicht mehr gewinnen können. Der Kassierer Joziele, Trebnitz, erklärte, daß die Erwerbslosen „zu faul seien, Roggenbrot zu fressen und nur Weizenbrot haben wollen“. Auf Hochrufen aus der Bevölkerung machten sie mit ihrem Gefolge Schlag. Die kommunistische Partei und der Jugendverband führen! Arbeiter, Jungarbeiter — Liste 4!

Alles für den Sieg der Liste 4!

Auf zur Wahldemonstration am Sonnabend

Abmarsch von den Stadtteilen um 19.30 Uhr Ost: Brockauer Platz, Nord-Ost: Hirsch- Ecke Bockstraße, Nord: Weissenburger Platz, West: Westpark, Zentrum: Neumarkt, Süd: Friedrich- Ecke Gräbschener Straße Abmarsch der Gesamtdemonstration um 20 Uhr, Striegauer Platz

Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft

zur Beitreibung der Kirchensteuern — Antwortet: Liste 4!

Allgemein glaubt man, daß zwischen der evangelischen und katholischen Kirche Feindschaft bestehe, und daß zwischen den christlichen Kirchen und der Synagogengemeinde ein Kampf auf Leben und Tod tobe. Diese Annahme ist irrig. Gewiß bestehen zwischen den drei genannten Glaubensbekenntnissen Meinungsverschiedenheiten in „theoretischer“ Hinsicht, in der Praxis, insbesondere in Geldangelegenheiten, jedoch besteht Uebereinstimmung und sogar Arbeitsgemeinschaft. In Breslau unterhalten die drei Religionsgemeinschaften auf der Hörsingstraße ein gemeinsames Büro, das die Kirchensteuern einzuziehen hat. Die Feder führt der evangelische Parochialverband. Wie arbeitet nun dieses Büro? Natürlich erst christlich, d. h. kapitalistisch. Als Geschäftsführer wurde ein ehemaliger Bürgermeister verschrieben, der ein

Monatsgehalt von 800 Mark

bezieht und daneben seine Pension in Höhe von 11.000 Mark jährlich. Der Name des Geschäftsführers ist Behnke. Er ist Mitglied im Vorstand der Deutschen Volkspartei. Früher beschäftigte das Büro im Innen- und Außendienst etwa 70 Angestellte. Als diese Angestellten vor etwa einem Jahre den Versuch unternahmen, eine Gehaltsaufbesserung zu erlangen und auch einen

Betriebsrat zu wählen, floh der größte Teil von ihnen wegen „Nationalisierung des Betriebes“ auf die Straße. Selbst das angerufene Arbeitsgericht mußte die Kirchengemeinden zwingen, den Entlassenen Entschädigungen zu zahlen. An Stelle der Entlassenen wurden neue Angestellte mit täglicher Kündigung, frist (!) eingestellt. — Wodurch unterscheidet sich der Betrieb der christlichen und jüdischen Kirchengemeinden von irgendeinem z-Bellebigen Privatunternehmen! Durch nichts! Dort wie hier: an der Spitze Leute mit Riesengehältern, und nach unten die rücksichtsloseste Nationalisierung.

Die Werkstätten, die noch die Kirchensteuern bezahlen und schließlich auch noch in die Kirche gehen, fragen wir: Seid ihr mit den oben geschilderten Zuständen einverstanden? Wollt ihr weiterhin zusehen, wie man euch auf ein besseres „Jenseits“ vertrittet und sich selbst das irdische Leben so angenehm wie nur möglich gestaltet! Wenn nein — heraus aus der Kirche und wählt Liste 4, kommunisten. Die Kommunisten kämpfen gegen unerwünscht hohe Gehälter, gegen Entlassungen von Angestellten und Arbeitern und gegen eine obligatorische Kirchensteuer. Sie sind der Auffassung, daß nur diejenigen zur Tragung der Kirchenlasten herangezogen werden sollen, die es freiwillig tun wollen.

Welche Partei wählt die untere Beamtenschaft?

Ein Beamter schreibt uns: Wir Unterbeamten aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden bekommen seit der Paragraph-48-Diktatur Dr. Brüning's die volle Schärfe des Gehaltsabbaus zu spüren. Seit der letzten Besoldungsregelung vor wenigen Jahren sind Lebensindizes, Mieten und neue indirekte Steuern an Urteilen für das tägliche Leben bedeutend gestiegen. Dazu kommt das Beamtenopfer, welches einfach diktiert wurde. Ist das nicht in dieser ohnehin schweren Zeit ein neuer Gehaltsabbau? Ueber die Sozialdemokraten, noch die anderen Parteien, außer Kommunisten, haben gegen diesen Gehaltsraub Stellung genommen. Im Gegenteil! Wer nicht dafür stimmte, enthielt sich nur der Stimme, um zu erreichen, daß es Geseh wurde. Was haben wir von diesen Parteien als Unterbeamte noch zu erwarten? Rein nichts mehr! Eher noch neuen Verrat an unseren Interessen. Was wird werden mit dem neuen Reichstag? Nur ein neues Kubandeln, ein Feilschen und Wägen nur für das Kapital und nicht für die Arbeitnehmer, einerlei, ob Arbeiter, Angestellter oder Beamter. Alle Parteien, von der SPD. angefangen bis zu den äußersten Rechten, sind Koalitionsparteien und gehen darauf aus, nur ihre Sitze in dem Reichstag zu vermehren und recht viele Ministerposten zu bekommen.

Kollegen! Wie lange noch wollt ihr euch diesen Schwindel gefallen lassen? Wollt ihr weiter so tatlos diesem Treiben, dieser Ausbeute, welche doch auch an uns ausgeführt wird, zusehen? Wollt ihr weiter so Schindluder mit euch treiben lassen wie bisher? Es gibt nur einen einzigen Ausweg aus diesem Elend, das ist die Verhändigung mit dem Proletariat, Einreihung in die rote Massenfront und mit der kommunistischen Partei kämpfen bis zum endgültigen Siege über den Kapitalismus. Darum gehört jede Stimme, auch die des Unterbeamten, der kommunistischen Partei, welche allein das Kapital bekämpft und für den Sozialismus eintritt!

Stadtteil Süd. Autopropagandafahrt am Freitag, um 18 Uhr. Fahrpreis zitra 40 Pfennig. Abfahrt Friedrich-, Ecke Gräbschener Str.

Unsere Agitationslokale

Ost: Anton Zoublik, Königsträger Straße 10. Nord: Salomon, Rosenstraße, Ecke Ottostraße. Nordost: Rabierstraße, Girschstraße, Ecke Backstraße. Zentrum: „Roter Löwe“, Kupierschmiedestraße. West: „Anglerheim“, Leutenstraße. Süd: Freiheitsgasse 2 (Note-Hilfs-Büro). Proletarier, Seht uns folgen! Meldet euch in den Agitationslokalen und helft die Wahlarbeit zu bewältigen! Heute und morgen Antreten um 19 Uhr zu Stadtteildemonstrationen!

Nun erst recht — Liste 4!

Auf der Stempelstelle Sonnenplatz hat sich gestern folgendes zugegetragen: Eine Arbeiterin wurde von einer Angestellten gerufen, mit der Bemerkung, daß sie Arbeit bekäme, und zwar Gurtenfäden. Die Angestellte wollte eben den Schein ausfüllen, als sie bei der Arbeiterin das Zeichen der kommunistischen Wahlhelfer, die Nummer 4, sah. Daraufhin erklärte die Angestellte, daß sie keine Arbeit habe. — Genossen, Proletarier, nun erst recht: Alle für den Sieg der Liste 4!

„Das Wohlfahrtsamt bezieht sich nicht.“ Zu der Notiz „Das Wohlfahrtsamt bezieht sich nicht“ (in Nr. 201 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. 8. 30) teilt uns das Wohlfahrtsamt mit, daß die in der Notiz enthaltenen Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Vielmehr ist der Antrag am 27. August gestellt und die Unterstützung am 30. August gewährt worden. — Nach Rücksprache mit unserem Gewächsmann werden wir auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

Alle roten Wahlhelfer vom Stadtteil Nord, Ost, Süd, Rosen-, Thal, Hundsfeld und Rawalken erscheinen am Donnerstag in der „Stadt Ramlau“, Rathhausstraße.

Rote Fahnen heraus! schmückt die Proletenviertel mit Transparenten über Straßen und an Häusern!

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Redakteur für den Provinzial (außer Oberschlesien) Ernst Wollweber, Redakteur für Oberschlesien Fritz Jandrosch, Hindenburg, Für Innozenz: Karl Sander



# Waldenburger Bergland

## Erneut unerhörte Polizeiprovolationen am roten Wahlaufmarsch und Jugendtag in Waldenburg

### Die Arbeiter wehren sich gegen die Provokateure — Trotz strömenden Regens marschieren die Rote Front!

Unter wolkenbruchartigem Regen ging am Sonntag der Jugendtag und der rote Wahlaufmarsch der Partei in Waldenburg vor sich. Trotzdem die Partei an demselben Tage elf öffentliche Versammlungen stattfinden ließ, war die Beteiligung außerordentlich. Die Stimmung der Demonstranten war glänzend. Trotzdem kein Regen am Felde der Teilnehmer mehr trocken war, verloren die Demonstranten nicht einen Moment ihre Kampfesstimmung.

Im Zuge selbst marschierte seit langem wieder das erstmalig eine geschlossene Gruppe des Jungparteiabtes mit. Hell leuchteten über dem ganzen Zuge rote Fahnen und unzählige Transparente, mit Besungen der Partei und der Jugend versehen. Unter den Rängen der Parteikapelle bewegte sich der Zug durch die Straßen von Waldenburg nach Hermsdorf, woselbst nach wuchtigen Ansprachen des Abgeordneten Paul Hoffmann-Berlin und der Genossen Schulz und Menzel die Kundgebung geschlossen wurde.

Durch das unerhört freche und provokatorische Auftreten der unter der Leitung des SPD-Listens stehenden Polizei kam es diesmal nicht nur zu den jetzt üblich gewordenen Anstachelungen der Demonstranten durch die Polizei,

sondern zu einem sehr ersten Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten in Hermsdorf.

Schon auf dem Wege nach Hermsdorf, ja schon bei dem Anmarsch der einzelnen Gruppen konnten es sich einzelne Polizeiprovolateure nicht verkneifen, die Demonstranten zu provozieren. Einer von ihnen durchschiel, ohne den geringsten Grund für seine Handlung zu haben, mehrmals den marschierenden Zug. Der zweite Vorfall ereignete sich kurz vor dem Verlassen von Waldenburg. Ein Auto, welches in der

entgegengesetzten Richtung kam und in eine Nebenstraße einbiegen wollte, versuchte man seitens der Polizei, obwohl der Vorbeimarsch des Zuges höchstens noch eine halbe Minute gedauert hätte, mitten durch den Zug fahren zu lassen. An dem entscheidenden Auftreten unserer Genossen scheiterte zunächst dieses Vorhaben, jedoch der den Zug begleitende Polizeioberleutnant samt einem seiner Polizei Knecht nunmehr das Auto mitten durch die Kindergruppe fahren. Die Demonstranten, durch die Provokation der Polizei ausgebracht, ließen sich nur durch die ihnen angebotene Disziplin davon abhalten, gegen den Offizier und den ihm assistierenden Gummiknüppelträger handgreiflich zu werden. Der dritte Vorfall ereignete sich in Hermsdorf. Trotzdem höchstens noch 50 Demonstranten, welche den Rest des Zuges bildeten, vorbeimarschieren hatten, durchschiel man auch hier den Zug und ließ wiederum in völlig sinnloser Weise ein Auto durch den Zug fahren. Als in Ergänzung dieser sinnlosen Provokation die Polizei die Gummiknüppel schwang, rief den Demonstranten nunmehr doch die Geduld und es kam zu Zusammenstößen.

Am Denkmalplatz kennzeichneten dann die oben genannten Reiter das sinnlose, aber ebenso brutale Verhalten der Polizei.

Diese zum großen Teil der SPD angehörenden Ordnungshüter mögen es sich gesagt sein lassen, daß in demselben Maße, wie die Polizei ihre Provokationen steigert, die Kommunisten verstärkt die Werttätigen Waldenburgs zum Massenprotest gegen diese Polizeimethoden mahnen werden.

Keinen Schritt zurück, das ist die Losung aller Klassenbewußten Arbeiter!

## Arbeitsloser wird ermittelt Und der Dittersbacher SPD-Gernegroß Röhler wird kollrig

Als Opfer des heutigen Wirtschaftssystems, ständig erwerbslos, vermochte der Arbeiter August Wittig den fälligen Mietbetrag nicht anzubringen. Obwohl der von ihm bewohnte Raum mit einem Wohnraum im üblichen Sinne nicht verglichen werden konnte, der Boden war vollkommen aufgerissen, im Raum selbst konnte knapp ein Tisch und ein Bett aufgestellt werden, beantragte der Hausbesitzer, der Schneidermeister Hansel-Dittersbach, die Zwangsäumung beim Gericht. Während das Amtsgericht Waldenburg die Aäumung noch von der Stellung eines Ersatzraumes abhängig machte, entschied das Landgericht in Schneidmühl, bei welchem Hansel Beschwerde gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegt hatte, mit der Begründung, daß einem Hausbesitzer nicht zugemutet werden könne, daß ein erwerbsloser Mieter keine Miete zahle, dahin, daß die Aäumung ohne Stellung eines Ersatzraumes durchgeführt wird.

Am Montag folgte also Wittig unter Zuhilfenahme eines Gerichtsverwalters und mehrerer Gemeindefunktionäre samt seinen paar Klammotten auf die Straße. Gerade gegenüber der katholischen Kirche, dem Ort der Christlichen „Mächstenliebe“.

Der Sohn des Hausbesitzers Frenzel, bei welchem Wittig bis auf weiteres zwangsäumung untergebracht werden sollte, schante das mit wüsten Schimpfwörtern und Beleidigungen gegen Wittig ab. Die paar Klammotten des auf die Straße gesetzten Wittig waren dem Regen ausgesetzt.

Die SPD-Beamten der Gemeinde Dittersbach erklärten dem vorübergehenden Wittig, selbst auf den Hinweis, daß die Klammotten

verregnen, sei vor einer Stunde nichts zu machen, denn es wäre keine Polizei da. Keine Polizei da! — Wer laßt da nicht. Im selben Amtshause ist das gesamte dritte Polizeirevier stationiert. Ja, Polizei ist da, wenn es gilt, die Arbeiter niederzuknüppeln, aber nicht, wenn es gilt, und sei es auch nur dem Zwange der Not gehorchend, einem Arbeiter einmal zu helfen.

In Begleitung des Genossen Schulz in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher begab sich Wittig erneut auf das Amt. Genosse Schulz sprach sofort bei dem SPD-Gemeindevorsteher Röhler vor. Auf die Hinweise des Genossen Schulz, daß die Wiedereinquartierung des Wittig sofort erfolgen müsse, da derselbe sonst Gefahr laufe, daß seine paar Klammotten durch den Regen zunichte gemacht werden, gab Röhler denselben Bescheid, erst müsse Polizei da sein. Genosse Schulz machte diesen Nachversteher der Arbeiter darauf aufmerksam, daß, wenn innerhalb dreiviertel Stunden Wittig nicht einquartiert sei, unsere Genossen selbst die Einquartierung vornehmen würden. Das war das Signal zu einem Tobstuchtsanfall dieses übergeknappten Gernegroß. In blinder Wut, seine dicke Zigarre halb zerquetschend, brüllte er, daß nur er zu bestimmen hätte, sonst niemand. Trotzdem er sich sehr auflies, mußte Röhler es wohl doch mit der Angst zu tun gekriegt haben, denn 10 Minuten später wurde Wittig zwangsäumung einquartiert.

Der ganze Vorgang zeigt den Arbeitern gerade jetzt vor den Wahlen, wo ihre Feinde sitzen. Am 14. September stimmen alle Arbeiter für die Liste 4!

Alle Genossen von Dittersbach und Ober-Waldenburg treffen sich am Freitag bei der Amalienquelle um 16,30 Uhr zur Propaganda nach dem Bärensgrund.

# Niederschlesien

## Totgebrügel wegen einer Handvoll dürrer Holzes

Lauban. Am 26. Juli 1930 ging der Sendarbeiter Wilhelm Daniel aus Nieder-Schreibersdorf in den Wald der Frau Rittergutbesitzer Schmidt, um sich dürres Holz zu holen. Sein Vergehen bestand darin, daß er sich ein dürres Baumchen abjagte. Daniel ist Vollwaise mit einer Rente von monatlich 55,25 Mark. Von dieser Rente lebte D. mit seiner Frau und zwei Kindern. Daß da kein Geld für Feuerung übrigbleibt, versteht sich von selbst, zumal die Sendarbeiterlöhne sehr niedrig sind und das Abjagen eines dürrer Baumchens kein Verbrechen ist, da dadurch nicht einmal ein Schaden für die Rittergutbesitzerin entsteht. Anders aber dachte der Verwalter Felmut Reinhold. Reinhold trat D. beim Abjagen und mißhandelte ihn in einer brutalen und brutalen Art, daß das Blut aus Mund und Nase floß. Trotzdem Reinhold erst drei Monate als Verwalter tätig war und D. schon bereits das 6. Jahr auf demselben Gut wohnt. Nach einem ärztlichen Gutachten hat

Reinhold mit einem harten Gegenstand die Mißhandlung herbeigeführt. Die ganze rechte Gesichtshälfte war vollständig mit Blut schwarz unterlaufen, ja sogar ein Zahn ist ihm herausgehauen und die Lippe aufgeschlagen worden. Daniel erfuhr um Aufnahme im Krankenhaus, da er innere Schmerzen empfand. Am 1. September verstarb D. an den Folgen dieser unerhört rohen und brutalen Behandlung. Reinhold, ein zwanzigjähriger Mensch, muß einen ziemlich bestialischen Charakter haben, um solch eine rohe Tat zu begehen. Die Anzeigung, die Reinhold nach der Tat gemacht hat: „Wenn es Fuß gewesen wäre, hätte ich ihn totgeschlagen, und D. ist tot, der beleidigt keinen Menschen mehr.“

Herr Staatsanwalt, was beabsichtigen Sie zu tun? Unserer Meinung nach — und auch die Öffentlichkeit wird unsere Meinung teilen — liegt hier Totschlag vor. Oder soll etwa dieses Verbrechen ungeahndet bleiben, da das Opfer ja nur ein alter Invalide ist?

## Genosse Heckert spricht in Bunzlau!

Der Spitzenkandidat für Schlesien, Genosse Fritz Heckert, MdR., spricht am Donnerstag, dem 11. September, um 20 Uhr, im Saal des Volkshauses. Sorgt für Massenbesuch!

### Bunzlau

#### Die Kriegsoffer für die SPD.

Schon längst haben die Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Lurym alle Kriegsgeschädigten, das Vertrauen zu dem Reichsbund und den anderen nationalen und halbnationalen Verbänden verloren.

Genosse Richter (Wienitz) als Vertreter des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit sprach hier am 6. September. In klarer und verständlicher Form legte Genosse Richter die Gründe dar, warum Internationaler Bund. Die Opfer des Kapitalismus, gleichgültig, ob durch Krieg oder auf der Arbeitsstelle zu Opfern geworden, ob sie Alters- oder Sozialrentner sind, gehören zusammen. Wir sind auf die Gnade des Staates angewiesen. Wir müssen erneut feststellen, daß alle Parteien, angefangen von den Deutschnationalen bis zur SPD, ihre Versprechungen, die sie den Rentenempfängern gaben, nicht eingelöst haben. Heute wirbt man wieder um ihre Stimmen, speziell die SPD. Sie wissen, Ihre fetten Posten mit guten Einkünften und Pensionen sind in Gefahr. Ihre Verschlechterungen auf sozialem Gebiet stante die SPD als einziges Arbeiterpartei zu. Ihr Opfer des Krieges und der Arbeit, wehrt es nicht, am Sonntag, dem 14. September, wenn ihr zur Wahlurne geht, diesen Leuten die Quittung zu geben. Genosse

Richter betonte, die Kommunistische Partei hat nichts versprochen. Eines muß immer wieder gesagt werden: niemals gab sie die Zustimmung zu all den Beerdigungen, welche die Kersten der Armen betrafen. Unsere Anträge zur Besserstellung der Hungerarmee wurden mit Hilfe der SPD. niedergestimmt.

Trotz der insamen und gemeinen Heße der hiesigen „Vollstimme“ gegen unsere Ortsgruppe und einzelne Genossen (Gabel und Stucke) wächst das Vertrauen der Arbeiter zur SPD. Die Antwort auf die gemeinen und schuftigen Lügen des SPD-Sindelblattes war, daß Kamerad Richter eine Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit ins Leben rufen konnte.

Genosse Stucke ist als Vertreter eingeseht. Er wird die Klagen und Beschwerden entgegennehmen, und was er nicht selbst erledigen kann, an Kamerad Richter-Wienitz weitergeben.

Arbeiter, kämpft in den Reihen der SPD! Eure Stimme am 14. September der Liste 4!

### Wienitz

hast du schon für den Wahlfonds gesammelt? 10 Wahlfondsmarken umzusetzen ist eine Kleinigkeit für jeden Parteigenossen!

# Achtung, Wahlversammlungen!

Freitag, den 12. September:

Melkstein. Ortsteil Neu-Salzbrenn. 19,30 Uhr. „Finkenbrunn“. Referent Julius Müller.  
Witzgeiersdorf. 20 Uhr. „Sonne“. Referent Alfred Klein-Witzgeiersdorf.  
Bärengrund. 19 Uhr bei Jakob. Referent Beder.  
Friedland. 20 Uhr. „Weißes Ross“. Referent Karl Honk.  
Sophienau. 19 Uhr bei Rische. Referent Fritz Franz.  
Gausdorf. 20 Uhr. „Zur guten Laune“. Josef Sellig.  
Fellhammer. 19 Uhr. „Mähran-Schacht“. Referent Richard Schulz.

## Der Zustrom der Arbeiter zur Partei wächst 57 Neuaufnahmen für die Partei in neun Tagen!

Erf vor einigen Tagen meldeten wir, daß im Monat August im Kohlenrevier Waldenburg 63 Arbeiter zur Partei gestoßen sind. Bis heute liegen uns seit dem 1. September bereits erneut 57 Neuaufnahmen für die Partei in Waldenburg vor. Bei den Neuaufnahmen der letzten Tage ist erfreulich, daß auch 15 Frauen zu der Partei gestoßen sind.

Diesem Geist des Vertrauens zur Partei entspricht auch der Besuch unserer sämtlichen Versammlungen. Wegen Raummangel können wir nur auschnittsweise über den Verlauf unserer Wahlbewegung berichten.

Trotz strömenden Regens und trotzdem die Partei am Sonntag eine Demonstration durchführte, waren unsere Versammlungen gut besucht, ja sogar überfüllt.

In Dittersbach, wo Paul Hoffmann-Berlin sprach, mußte an Stelle des erst angekündigten Lokals „Friedenshoffnung“ der große Saal des Lokals „Zum Tiefbau“ genommen werden. Trotzdem im Orte einschließlic der Ortsteile schon sechs Versammlungen unserer Partei stattgefunden haben, war auch diese Versammlung wieder überfüllt.

In Waldenburg sprach ebenfalls Genosse Hoffmann im bis jetzt gefüllten Saale des Gasthauses „Zum Gestein“.

In Rothensach, wo zu gleicher Zeit eine SPD-Versammlung stattfand, sprach Genosse Schulz im gut besetzten Saale des „Klammshachtes“.

7 Neuaufnahmen für die Partei wurden gemacht!

In allen Versammlungen ließen sich Arbeiter zu die Partei anschließen, und es wurde fast die gesamte Literatur umgesetzt.

## Die Textilbarone rationalisieren weiter

Landeshut. Es wird weiter rationalisiert in den hiesigen Textilbetrieben. Wie bereits schon berichtet, ist der große Säuberungsprozeß von unproduktiven Arbeitskräften, wie Herr Kapler sich neulich ausdrückte, noch nicht beendet. Woche für Woche finden Entlassungen statt, die Verprechungen, die Entlassungen nach sozialen Gesichtspunkten und unter Schonung der engeren Umgebung vorzunehmen, werden nicht eingelöst. Die Firmen Kinkel und Hamburger finden sogar nichts dabei, Familienväter in erster Linie brotlos zu machen und den Etat der Stadt zu belasten. Erbärmlich geringe Löhne, Untertreibung in höchster Potenz, Beschimpfungen der Arbeiterinnen als dumme Gänse, wie sich neulich ein Richter bei den Schleifchen Textilwerken vernehmen ließ, sind an der Regel. Die Gewerkschaften aller drei Richtungen unternehmen nichts dagegen, sind ja doch jetzt mit den ihnen wichtiger erscheinenden Wahlarbeiten fast beschäftigt.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Wie lange wollt ihr euch noch eine derartige unmwürdige Behandlung gefallen lassen? Macht Schluß mit diesem Nordsystem! Schließt euch der kommunistischen Partei an, werdet Kämpfer in der Gewerkschaftsopposition, werbt und agitiert bis zum Wahltag für die einzige Arbeiterpartei, die kommunistische Partei und ihre Liste 4. Nur so wird es möglich sein, Brot, Lohn und Freiheit und ein sozialistisches Sowjetdeutschland zu erringen.

## Aus dem Riesengebirge

### SPD-Bürgermeister Fehner-Landeshut als Preisboger

In Hardenberg bei Petersdorf ist Wahlversammlung der SPD. An der Saaltür ein Schild: Nazis und Kommunisten haben keinen Eintritt. Aber die Kommunisten scheinen keine Notiz davon zu nehmen. Als Verteidiger des SPD-Meisterschaftstitels im Lügen betritt Bürgermeister Fehner-Landeshut den Ring. Vorsichtig tastet er den Gegner ab und erzählt etwas über die Errungenschaften der SPD. Seit 1918, Verständigungsfrieden, Erwerbslosenversicherung usw. Höflich geht er aus sich heraus und macht von seiner linken Gebrauch, indem er sich in wüsten Verleumdungen gegen die SPD-Kandidaten ergeht. Aber sein linker Galen sitzt nicht. Er wird so in die Enge getrieben, daß er einer Schlagierie dergestalt unterliegt, daß er in den Seilen zusammenbricht und nach dreiviertel Stunden den Kampf aufgibt.

15 Minuten Redezeit gewährt man dem Genossen Preis. Eine Stunde spricht er vor den mit Spannung zuhörenden Arbeitern. Er widerlegt spielend die Verleumdungen und Lügen dieses Landeshuter Ordnungshüters, der zähneknirschend vor Zorn über diese Wutrede haßt. Nur bei dem Anprangern des Arbeitermordes durch SPD-Köhne rafft er sich noch einmal auf und schreit aus Leibeskräften: „Lüge! Lüge!“ Aber die Arbeiter quittieren mit Gelächter. Nach der Aufforderung durch Genossen Preis, für die SPD zu stimmen und mit ihr zu kämpfen für Freiheit und Brot, ertönt mächtpoll die „Internationale“.

Der inzwischen durch seine Manager wiedererweckte „Klassenkämpfer“ Fehner will nochmals gegen seinen Gegner antreten. Aber schon beim zweiten Satz kommt er nicht weiter. Die durch seine Lügen empörten Arbeiter schrien ihn nieder. Dem Genossen Preis hat er es zu verdanken, wenn seine Bürgermeistertürde nicht durch Proletenfäuste ramponiert wurde.

Aber er ist zum Lügenweltmeister geschlagen worden. Selbst SPD-Proleten ließen angewidert durch die Lügen weg. Die Kommunisten traten draußen an und gingen an die Wahlarbeit, zum Plakat kleben. 10—12 Mann der Getreuesten blieben bei ihrem Matador.

Am Montag sah Bürgermeister Fehner in seinem Büro und brütete darüber nach, wie man die von ihm so „gehaßte“ Kopf- und Lebigenssteuer und Schandverehrsteuer am besten eintreiben kann. Wieviel Ausgekeuerte mag er, der sich als Referent der SPD. so „warm“ für die Erwerbslosen einsetzte, als Bürgermeister abgewiesen und so dem Hungertode preisgegeben haben.

Die „Vollzeitung“ berichtet über diese Versammlung von einem vollen „Erfolge“. Nur weiter solche „Erfolge“, und die Arbeiterschaft wird halb von der „legendreichen“ Tätigkeit der SPD-Politik befreit sein.



# Polizei, Sozial- und Nationalfaschisten gegen revolutionäre Arbeiter

## Feiger Überfall der Polizei des „Genossen“ Wende

In Schweidnitz kam es gestern bei der aus Anlaß des Erwerbslosenfestes veranstalteten Demonstration, die eine gewaltige Beteiligung aufwies, zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Ein faschistischer Polizeilokal hatte Anstoß an einem Transparent genommen, welches lautete: **Schlagt die Faschisten!** Bei dem Versuch, dem Träger dieses Transparent zu entreißen, setzten sich die Proleten zur Wehr und die Polizei holte sich eine gewaltige Niederlage dabei. Die unterbrochene Demonstration wurde dann mit noch größerer Kampfbegeisterung durchgeführt.

Aus Rücksicht über diese Niederlage wurde nach der Demonstration durch das Heberfallkommando ein ganz feiger, gemeiner Überfall auf die Erwerbslosen von Freiburg unternommen. Sie wurden auf dem Marktplatz auf der Straße ohne jeden Anlaß hinterücks überfallen, mit Gummiknüppeln und Karabinern bearbeitet, die Instrumente teilweise getrümmert, zum anderen beschlagnahmt. Sechs Genossen wurden nach dem Überfall auf dem Auto nach Schweidnitz gebracht.

Dieser feige Überfall hat unter der Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung ausgelöst; insbesondere deshalb, weil für diese Schandtat wiederum der sozialdemokratische Polizeipräsident verantwortlich ist.

## Nazi-Banden schießen in Reibelohn

Glindeburg, 11. September. (Eig. Drahtber.) Heute nacht, um 4 Uhr, wurde in Glindeburg eine aus acht Genossen bestehende Reibelohn von Nazis überfallen. Die 30 Mann starke Bande, unter Führung des berüchtigten Messerschmidt Hartmann, ging nicht nur mit Dolchen und Schlagringen auf unsere Genossen los, sondern machte auch von Schusswaffen Gebrauch, indem sie trotz ihrer Uebermacht einfach in unsere Genossen hineinschoß. Ein Genosse wurde durch einen Schuß in die Schläfe schwer verletzt und ein anderer wurde in den Kopf getroffen. Trotz des bekannten Waffenverbotes hielt es die Polizei nicht für notwendig, einzugreifen, sie blieb völlig passiv, d. h. sie machte sich bereit zu Schützen einer eigenen Bande von Stroßknechten unter Führung eines notorischen

Banden. Sie hat damit bewiesen, daß sie ebenfalls faschistisch verfaßt ist. Die Arbeiterschaft aber wird sich auch dadurch nicht abhalten lassen, sich für den allerheftigsten wehrhaften Kampf gegen diese Pest und ihre Helfer auszurufen und nicht ruhen, bis sie dieser Pest Herr geworden ist.

## Reichsbannerrollkommando als Gummiknüppelgarde gegen Jungarbeiter

Gestern fand im Breslauer Gewerkschaftshaus eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Jugendkammerversammlung statt. Fünf kommunistische Jugendgenossen im Alter von 16 bis 17 Jahren verteilten vor dem Lokal Flugblätter. Mäßig wurden sie von einem etwa 80 Mann starken Reichsbannerrollkommando überfallen. Die sämtlichen Reichsbannerleute entrißen unseren Jugendgenossen die Flugblätter und schlugen sie nieder. Schließlich mußten die Jugendgenossen die Flucht ergreifen. Nach einiger Zeit kehrten sie zurück. Da ihnen in der Zwischenzeit mitgeteilt wurde, daß die Angehörigen des Reichsbannerrollkommandos Gummiknüppel und Schlagringe mit sich führten, verlangten sie von der anwesenden Polizei die Durchsuchung der Reichsbannermitglieder. Die Polizei kam dieser Aufforderung nicht nach. Selbst als ein Jugendgenosse die Feststellung der Personalien eines Reichsbannermannes forderte, der in einer brutalen Weise auf ihn eingeschlagen hatte, weigerte sich der Schupo-Offizier, dieser Aufforderung Folge zu leisten.

## Schamlose Heze der „Volkswacht“

Die „Volkswacht“ veröffentlichte gestern und vorgestern die verlogene Behauptung, als hätten Kommunisten mehrere Jungsozialisten überfallen. Und zwar behauptet die „Volkswacht“, daß die Kommunisten in einer Stärke von 80 bis 80 Mann acht Jungsozialisten überfallen hätten, obwohl ihnen diese nicht die geringste Veranlassung für irgendeine Auseinandersetzung gegeben hätten.

Jedes Wort dieser Mitteilung ist eine gemeine Lüge. In Wirk-

lichkeit hat die „Volkswacht“ die Tatsachen wie folgt ausgetragen: Einer unserer Jugendgenossen, der aus der Versammlung des JmJ. aus dem Gewerkschaftshaus, und bemerkte, wie eine 30 Mann starke Gruppe der Gewerkschaftsjugend unsere Plakate überließ. Unser Jugendgenosse forderte die Gewerkschaftsjugend auf, dieses Treiben einzustellen. Da die Jungsozialisten der Aufforderung nicht nachkamen, holte unser Jugendgenosse eine Verstärkung von 8 weiteren Jugendgenossen. Kaum waren diese sechs Jungsozialisten panikartig die Flucht ergriffen. Zu einer Schlägerei war es überhaupt nicht gekommen.

Der Zweck der „Volkswacht“-Lügen ist eindeutig. Die SPD-Führer sind daran interessiert, die Kluft zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern so breit wie möglich zu halten und zu verbreitern. Deswegen die Greuelnachrichten von kommunistischen Rollkommandos. Deswegen auch der feige Überfall der Polizei des „Genossen“ Wende in Waldeburg, der die Eindeutigkeit des Zweckes der „Volkswacht“-Heze noch unterstreicht.

Sozialdemokratische Arbeiter, laßt euch nicht in dieser gemeinen Weise gegen eure Klassengenossen verheizen. Schließt mit uns gemeinsam die Einheitsfront gegen Faschismus und Sozialfaschismus.

## Arbeiter heraus zum Protest

Um gegen den feigen Überfall der Wende-Polizei sowie gegen die Hilfe der Schweidnitzer Polizei für die Galenkrenzpet zu protestieren, marschieren die werttätigen Massen am Sonnabend, 18 Uhr, in Schweidnitz auf. Kein Klassenbewußter Prolet bleibt dieser Demonstration fern. Sammlungsplatz wird noch bekanntgegeben.

Erwerbslosenausschuß und KZB. der SPD. von Schweidnitz.

## Genosse Dombrowski kommt Freitag nach Landeshut

Arbeiter, Arbeiterinnen! Heraus zum Empfang des wegen Hochverrats zu Festung verurteilten Genossen Dombrowski am Freitag, dem 12. September, 19.30 Uhr auf dem Hauptbahnhof! Von da Demonstration zur öffentlichen Wählerversammlung im „Raisersaal“, wo unser Reichstagskandidat über „Faschismus, Hunger, Krieg — oder freies sozialistisches Deutschland“ spricht. Arbeiter aus den Betrieben, aus den Stempelstellen, vom Bau, erscheint in Massen!

# F Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

<b>Strehlen</b> Kauft im <b>Central-Kaufhaus Strehlen</b> 12245 Besucht die <b>Vereinigten Lichtspiele</b> 12244 Max Kalke, Ring 25 Bekleidung 12254 Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion Fritz Grundmann, Ring 50 12267 Man kauft gut im <b>Schuhhaus Kuntze, Kl. Kirchstraße 1</b> 12268 <b>Patschkau</b> Schienen-Cleferant aller Krankenkassen Fachmännische Bedienung Optiker PAUL SCHUBERT, Ring 16 Schließerei mit Motorbetrieb 12215 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei <b>ERNST WISOCKI, Frankensteiner Str. 47</b>	<b>Ohlau</b> Nähmaschinen 1: Fahrräder <b>Paul Frost, Breslauer Chaussee 3</b> 12289 Ludwig Glogowski Modewaren, Ring 26 12287 Bierverlag und Ausschank <b>Adolf Jawiersch, Ring 12</b> 12292 <b>ENGEL-DROGERIE</b> Mülzerstraße 3 12243 Karl Roszdeutscher, Breslauer Str. 3 Hüte / Mützen / Herrenartikel 12244 G. Lustig, Breslauer Straße 6 Herren- und Knabenbekleidung Schuhe / Wäsche / Trikotsagen 12245 Feinkosthaus Aug. Unverricht Nachf. Kaffee-Großhandel — Kolonialwaren Grottkauer Straße 1 12246 <b>Peisewitz</b> Breslauer Kaufhaus, Inh. F. Schlotz Wäsche, Weißwaren, Bettfedern und Inlaye Hauptstraße 73 12278 Max Kuhnert Hauptstraße 90 Fleisch 12877 u. Wurstwaren Einkaufsquelle der Arbeiter Reserviert	<b>Glogau</b> SCHÖNBORN Feinbäckerei Feinst 12282 EMIL WINKLER Lange Straße 21 12283 Kolonial- und Tabakwaren Brot-, Weiß- und Feinbäckerei <b>ERICH LINDNER</b> Lange Straße 17 12282 K. Maiwald Mühlstraße 1 Zigaretten 12285 Zigarren, Tabake Herren- und Knabenbekleid. <b>Adolf Kreutzberger</b> Markt 18 12276 Alfred Jenzen Mülzerstraße, Ecke Mehrrenstraße Damenhüte / Trauerkonfektion 12281 PAUL KURZKE Mülzerstraße 41 Schuhwaren aller Art 12280 <b>Pietrowski</b> Seit 35 Jahren Qualitätswaren immer am billigsten 12279 Reserviert 318 12278 Reserviert 1001 12277	<b>Gottesberg</b> ARBEITER kauft eure Kolonialwaren, Zigarren und Spirituosen bei <b>PAUL FEIGE</b> Gottesberg, Grüssauer Straße 4 Filiale Friedland 12471 Obst, Gemüse, Südfrüchte, Molkereiprodukte <b>Rudolf Honzl, Niederstr. 36</b> 12472 GUSTAV STELZER, Mittelstr. 23 Filiale: Fürstensteiner Straße ff. Fleisch- und Wurstwaren 12498 Kunzglaserei und Wirtschaftsgüter <b>Walter Beck, Markt 9</b> 12473 EDUARD GOERSCH Buchbinderei u. Papierhandlung Markt Nr. 15 12474 Verkehrslokal <b>„DEUTSCHE HALLE“</b> Topfmarkt 12475 F. Roßfleisch und Wurstwaren <b>KARL MARTIN, Filiale Friedland</b> Fürstensteiner Straße 33 12476 Möbel, reell und preiswert <b>G. Thient, Inh. Fr. Franke</b> Fürstensteiner Straße 19 12477 TRINKT MILCH aus der Gottesberger Molkerei Schützenstraße Nr. 12 12456 Gut und billig kaufen Sie in <b>RUFFERS RESTAURANT</b> Inh. E. Schmidt, Bahnhofstraße 45 12457 Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren Fürstensteiner Straße 38 12458 Reserviert 29 12459	<b>Wüsteglersdorf</b> Schuhhaus Edvard Scholz vormals E. Scholz Erben 12179 Ältest. Uhrenhaus <b>Albert Fischer</b> Hauptstr. 55 12263 Ernst Kramer ff. Fleisch- und Wurstwaren Hauptstraße 20 12262 Paul Scholz, Schleiermacher Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur- werkstatt Hauptstraße 77 12265 CASTROF ZUR HOFFNUNG Jeden Sonntag großer Tanzball Hauptstraße 71 12264 Brot- und Feinbäckerei <b>Bruno Kinze, Hauptstraße 85</b> 12269 <b>Ober-Wüsteglersdorf</b> Leinen- und Baumwollwaren kaufen Händler und Private preiswert bei Wüsteglersdorfer <b>Leinenhaus E. WUNSCH</b> Eigene Fabrikation 12266 Kolonialwaren, Spirituosen, Tabake <b>Adolf Stache, Hauptstraße 139</b> 12259 ERNST TEICHMANN Hauptstraße 1 Kleiderstoffe, Bettwäsche Haus- und Küchenwäsche Trikotsagen 12261
<b>Stadt-Apotheke</b> Ring 13 12217 Mehl und Kolonialwaren 12218 <b>ALFRED GIERSIG, Ring 201</b> Robschlächterelei <b>P. IMMIG</b> Breslauer Str. 108 12219 Paul Neumann 12220 Damen- u. Herrenkonfektion, Manufakturwaren Wäsche, Trikotsagen, Einkaufsquelle der Arbeiter Hausfrauen! Kauft Kolonialwaren, Haus- Rührer, Schuhe usw. bei <b>EMIL WISTUBA</b> Heußere Glatz er Straße 46 12221 <b>Schweidnitz</b> W. Tönsmann, Grabenstraße 1 Motorräder, Fahrräder, Grammophone Lager von circa 300 Marktwagen Kindewagen 12271 <b>Rothenbach</b> Kauft im Schuhhaus <b>ASSMANN, Hauptstraße 30</b> 12268 A. Koehler, Inh. Paul Rennoch Nr. 24 Feinstes, Lebensmittel, Haus- und Küchen- geräte, Eiswaren, Leder 12267 <b>Ditersbach</b> HOCHWALD-DROGERIEN Hauptstraße 67a und 123 12298 <b>Nieder-Salzbrunn</b> Lebensmittel, Kolonialwaren, Zigarren, Spiel- tuessen / Robert Bernhardt Nachf. (lg.) Waldenburger Straße 21 12299	<b>Friedland O.-S.</b> Otto Herrmann, Töpferstraße 44 Kurz-, Weiß- und Wollwaren 12213 <b>Jullenthal Bezirk Breslau</b> „RAUTENKRANZ“ das Verkehrslokal der Arbeiter 12212 <b>Friedland Bez. Oppeln</b> Möbelhaus <b>FRITZ SCHUBERT</b> liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen 12297 Julius Sagner's Nachf. M. Hartmann, Kolonial- waren, Schuhwaren — Braunsauer Straße 18 12296 Reserviert für Tschersich 12295 <b>Kotzenau</b> Fahrräder / Nähmaschinen / Ersatzteile Reparaturwerkstatt Alfred Mäsch, Bahnhofstraße 7 12288 Kaufhaus Hermann Krause Manufaktur, Modewaren und Konfektion 12282	<b>Waldenburg-Sandberg</b> Sandberger Kaufhaus Inh. August Bulla / Waldenburger Str. 17 12284 Im Kaufhaus W. Rahmer Friedländer Straße 28 kauft man gut und billig 12282 <b>Waldenburg</b> Möbelhaus Fischer Hermannstraße 40 12293 Neu eröffnet! <b>Nied.-Bernsdorf</b> Kauft bei <b>SCHÄFFER, Glückaufstraße 21</b> 12297 IDA ZWIENER / Hauptstraße 29 Essen — Parfümwaren — Bettfedern Kein Laden 12295	<b>Wüsteglersdorf</b> WILHELM HAIN, Schuhmachermeister Maßanfertigung und Reparaturwerkstatt Hauptstraße 9 12291 GOTTHARD GILLERT Hauptstraße 19 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen 12290 GEORG WIESNER / Auenstraße 6 Lebensmittel — Feinkost Landesprodukte 12289 Schützenhaus Kaltwasser Beliebtes Ausflugslokal Sonntags Tanz 12283	<b>Legnitz</b> Max Futter Ring 9/10 ist billig 12291 Konditorei und Bäckerei <b>Fritz Hocke</b> Reserviert Goldbergerstr. 26 12283 EUGEN PASSON Inh. Gebrüder Boecker Fleischeri und Wurstfabrik Frauenstraße 50 Telephon 2353 12286 Brot- und Feinbäckerei <b>ANTON KUHN</b> Wilhelmstraße 11 12289 Fleisch- und Wurstwaren <b>Carl Linke</b> Kohlmarkt 7 12288



# Osthilfe, Handwerk und Mittelstand

Von A. J. J. J. J., Mitglied des Osthilfeschusses

Mit einem Wertschwall und heftiger Kritik ver- suchen fast alle Zeitungen in Osthilfen dem Mittelstand und Hand- werk einzureden, daß das Osthilfegesetz eine wirtschaftliche Erleichterung und Abschwächung der Notlage für die erodierten Volksschichten bringen würde. „Volkstimme“, „Volkstimme“ und „Osthilfische Morgenpost“, ebenso auch der „Wanderer“, überbieten sich in Lob- preisungen und Versprechungen. Jedoch alles ist Lug und Trug. Von den 1200 Millionen Mark, die noch der Osthilfe in den nächsten fünf Jahren zur angeblichen Linderung der Not flüssig gemacht werden sollen, gehen rund 900 Millionen Mark an die Agrarier. Die kleinen Landwirte und Bauern werden von diesem Gelde verdammt wenig zu sehen bekommen.

Rund 130 Millionen werden zu Bahnbauten verbraucht. Daß bei der Vergabung der Bahnbauten das kleine Handwerk und die kleinen Geschäftleute gar keine Berücksichtigung finden, ist aus der Praxis zur Genüge bekannt. Große Unternehmungen und Trusts sind es, die die Gewinne aus den Bahnbauten in ihre Taschen wandern lassen werden. Nur ganze 50 Millionen Mark, d. h. jedes Jahr 10 Millionen Mark, sollen nach dem § 12 dieses Gesetzes in Form von Bürgschaftübernahmen durch das Reich und Preußen bereit- gestellt werden, um die Not beim kleinen Handel, Gewerbe und Handwerk zu lindern. Daß diese geringe Summe sich wie ein Tropfen auf den heißen Stein auswirken muß, wird also niemand bestreiten. Darüber hinaus wird es aber jedem bekannt sein, daß auch von diesen Millionen der meiste Teil in die Taschen großer Industrieunternehmen und Firmen fließen wird.

Alle Hinweise, daß bei der Milderung der Realsteuerlasten unter Umständen das Handwerk und die kleinen Gewerbetreibenden eine Entlastung erfahren, fallen auch ins Wasser, da ja durch die auf dem Verordnungsweg erlassenen neuerlichen Steuerbelastungen diese Ent- lastung illusorisch gemacht wird. Die Zahl der Zusammenbrüche und Konkurse der kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker wird nach wie vor steigen.

Die ganze Osthilfeaktion ist nichts anderes als eine großzügige Subventionsmaßnahme für die östlichen Großgrundbesitzer und Junker. In deren Taschen sollen die Hunderte von Millionen Mark fließen. Daß es so ist, wird bewiesen durch die Ablehnung der kommunistischen Anträge zum Osthilfegesetz. Unsere Anträge gingen alle darauf hin- aus, den werttätigen Schichten und dem Mittelstand zu helfen. Wir forderten Wohnungsbau, Ausbau des Straßennetzes zwischen den Ge- meinden, Bau von Brücken und Schulen. Ebenso forderten wir Be- reitstellung von Mitteln für die Reisenerkennung, Wohlfahrtspflege und Zuschüsse an finanzschwache Gemeinden.

Durch Annahme solcher Anträge kann nur dem Mittelstand und Handwerk geholfen werden; denn bekommen die Erwerbslosen und Arbeiter mehr Geld in die Hand, dann können sie mehr kaufen. Kauff die Arbeiterschaft aber mehr, dann kann der Handel mehr Ware um- setzen und damit seine Einnahme steigern.

Deshalb, Handwerker, Kleingewerbetreibende und Kaufleute! Keine Stimme den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozial- demokratie!

Alle Stimmen der Liste 4! Wählt Kommunisten!

## Max Hölz von Nazis überfallen und niedergeschlagen

Die wütende Hege der SPD. gegen den Genossen Max Hölz, die Absicht des Staatsanwalts, ihn wieder hinter Gefängnismauern zu sperren, und seine aktive Tätigkeit für die revolutionäre Erhebung der politischen Macht für ein Sowjetdeutschland ist für die Nazis das Signal, diesen Kämpfer der Revolution niederzujuden.

Genosse Hölz befindet sich zurzeit auf einer Versammlungstour in Sachsen. Für den Dienstagabend war eine öffentliche Wähler- versammlung der SPD. in Bad Elster, einer tschechischen Hochburg, vorgesehen. In dieser Versammlung wurde Genosse Hölz von den Nazis feige überfallen und niedergeschlagen, so daß er bewußtlos und schwer verletzt von einem Genossen nach Falkenstein gebracht werden mußte. Bezeichnend ist, daß die Ärzte in Bad Elster eine Behand- lung des Genossen Hölz ablehnten.

Der Überfall ereignete sich folgendermaßen: Genosse Hölz war in Begleitung von 24 Genossen, die an der Türe standen, in der Versammlung erschienen. Die anwesenden 3-400 Personen waren fast alles Nazis aus der Umgegend und aus Plauen, die schon seit nach- mittags 14 Uhr in Privat- und Luxusautos nach Bad Elster ge- kommen waren. Dieser Vorgang zeigt, daß der Überfall schon organisatorisch vorbereitet war. Um den Arbeitern, die ebenfalls die Versammlung besuchen wollten, Platz zu schaffen, gab Genosse Hölz die Anweisung, Tische und Stühle beiseite bzw. aus dem Saal zu räumen. In diesem Augenblick stürzte sich eine Gruppe Nazis auf ihn, zertrümmerte ihn von der Bühne, riss ihn zu Boden und bearbeitete seinen Kopf mit Biergläsern. Genosse Hölz wurde von den Nord- handknechten mit Fußtritten bearbeitet. Die übrigen Genossen wurden vollständig abgedrängt, vier wurden schwer, einige leichter verletzt. Die Polizei ließ sich nicht sehen. Als der Kommissar von Straßen- polizei aufgefordert wurde, seine Polizei in den Saal zu schicken, lehnte er das mit der Ausrede ab, er müsse erst Verstärkung heran- holen. Als die Nazis ihr Nordhandwerk verrichtet hatten, sind sie feige geflohen. Erst dann erschien die Polizei und prügelte auf die inzwischen in den Saal eingebrungenen Arbeiter los, wobei ein Trupp Nazis, der in den Saal zurückgekehrt war, ihr half.

In schwerverletztem Zustand liegt der Genosse Hölz, der inzwischen das Bewußtsein wiedererlangt hat, bei dem Genossen in Falkenstein. Aus dem Rücken wurde ihm am Dienstagabend noch ein handgroßes Glascherbentstück herausgenommen. Aus der schweren Kopfwunde muß noch ein großer Glasplitter herausgeholt werden. Außerdem hat Genosse Hölz schwere Armverletzungen.

Ein bezeichnendes Licht auf die Zusammenarbeit der Nazis und der Polizei wirft die Tatsache, daß die Nazis von Bad Elster nach Plauen unter dem Schutze der Polizei geschloffen abmarschieren konnten. Die Straßen von Bad Elster waren von den Arbeitern besetzt, sie wurden von den Nazis angegriffen und mit faulstinken Eisenstücken beworfen. Als sich die Arbeiter zur Wehr setzten, wurden sie von der Polizei mit Gummiknüppeln und Karabinern auseinander getrieben.

## SPD-Ortsgruppe von SPD-Arbeitern gegründet

Unaufhaltsam schreitet die SPD. vorwärts. Aus allen Bezirken werden täglich Rebertreite von SPD-Arbeitern gemeldet. Ganze Ortsgruppen treten zur SPD. über. Der Ball der SPD.-Lüge und -Verleumdung ist durchbrochen. So kann auch die „Hamburger Volks- zeitung“, unser Bruderorgan, eine Erklärung von 35 Reichsbanner- und SPD-Arbeitern veröffentlichen, die sich mit der Programm- erklärung der kommunistischen Partei zur sozialen und nationalen Befreiung einverstanden erklären und eine Ortsgruppe der SPD. in Neuhäus Kreis Heddebe gegründet.

Zur Aufnahme von 35 SPD- und Reichsbannerarbeitern unter- schreiben diese Erklärung Ernst Lübbert, Paul Fischer, Fried- rich Pöhl und Adolf Tietz

## Vereinigte Theater

### Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 6. 9. bis Freitag, den 12. 9. 20.15 Uhr

**König Richard der Dritte**  
Geschichtliches Schauspiel in 5 Aufzügen von William Shakespears. Bühnenbear- beitung von Paul Varnay  
Von Sonnabend, den 13. 9. bis Montag, den 15. 9. 20.15 Uhr

**Sum 1. Male:**  
**Hanneles Himmelfahrt**  
Traumbildung  
von Gerhart Hauptmann

### Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 6. 9. bis Freitag, den 12. 9. 20.15 Uhr

**Der unerbittliche Schutzmann**  
Grotteste von Georges Courteline. Daraus:  
**Die Liebe auf dem Lande**  
Komödie in 3 Akten aus dem heutigen Rußland von J. W. Wolow

Von Sonnabend, den 13. 9. bis Montag, den 15. 9. 20.15 Uhr  
**Sum 1. Male:**  
**Sturm im Wasserglas**  
Komödie in 3 Akten

Wenn ich nicht zu Hause war, war ich stets im **ALKAZAR**  
8-4 Uhr  
pausent. Weltstadt- Variété  
Betrieb Revue, Tanz  
30 Tischtelefone  
Etr. 1.70 M. (inkl. Steuer)

## Stadtheater Breslau

(Opernhaus)

Spielplan vom 8. 9. bis 14. 9. 1930

Donnerstag, 20.15 Uhr

**Das Dorf ohne Glode**

Singspiel von Ed. Künnele

Freitag, 19 Uhr

Festvorstellung anlässlich Tagung der

Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt

**Sahengrün**

Sonnabend, 19.30 Uhr

**Der Dorf ohne Glode**

Sonntag, 15 Uhr

Vorstellung zu ermäßigten Preisen

**Das Dorf ohne Glode**

Sonntag, 20.15 Uhr

**Der lustige Krieg**

**Ernst Greulich**  
ff. Fleisch- u. Wurstwaren  
Graben 11, Kätzelohle 10

## Molkerei und Milch-Großhandlung

**Christoph Hämmer**

Breslau, Lehmgrubenstr. 5

Verkauf durch Läden u. Klingel- wagen / Achtet auf die Firma!

**Max Berndt**  
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik  
Bergmannstraße 14

## Radrennbahn Grünelche

Freitag, den 12. Septbr., abends 8 Uhr

**Großer Oederpreis**  
über 100 km

mit  
**Christmann, Damerow**  
**Sieronski, Schindler**  
**Bauer Haller, Siegel**

**Amateur-Rennen**

Billige Eintrittspreise:  
Sitzplätze 1-1.50, Stehplätze 1.00-3.00  
Erwerblose und Kinder 50 Pfg.

Vorverkauf siehe Plakate

## Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17  
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 84  
Selenkestraße 17 Michaelstr. 3  
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schloßhof

**Besten am:**

Vom Faß gegen Kasse

Breslau . . . . . 32% = 2.85  
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45  
Weinbrand soht . . . . . 38% = 4.40  
Garantiert aus reinem franz. Wein  
Jam.-Rum-Verschnitt . . . . . 3.70

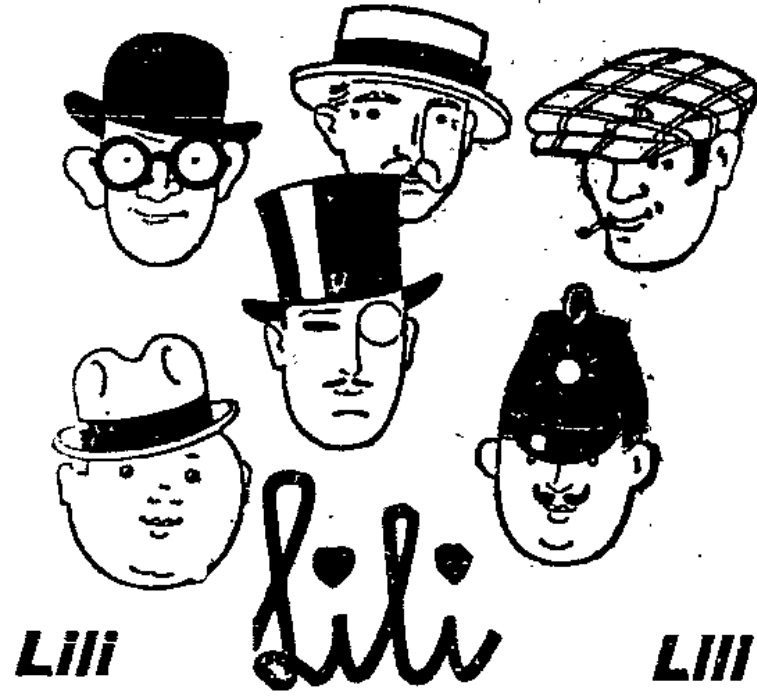
Himbeersaft . . . . . per Liter 1.20  
(1 Liter über 2 1/2 Pfund)

96% Prima Spirit . . . per Liter 7.00

**Tafel-Liköre** einschl. Flasche  
Meisterwerke der Destillierkunst  
Curacao, Goldwasser, Bismarck,  
Crème de Cacao, Stenardier, Alissa  
Pichonhar, Rose, Prunelle, Sherry  
Brandu, Kurlürst, Magen, Salz und  
Haib etc.

30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

## 6 Verehrer a. D.



Umsonst war alle Liebesmüh! Umsonst unser Hoffen und Werben. Eine Lehre haben wir daraus gezogen, ein Trost ist uns geblieben. Wir werden künftig klüger und spar- samer sein. Wir werden künftig bei Tietz kaufen, denn alle Geldschmeißerei für teure Anzüge, Oberhemden und Krawatten haben der sparsamen Lili kaum imponiert. Unserem guten Vorsatz getreu gehen wir heute schon zu Tietz, denn diese Hosen sind gerade liliputhaft im Preis.

## Billige Hosen bei Tietz

- |  |            |   |            |
|--|------------|---|------------|
| <b>Herren-Hosen</b><br>gestreift, strapazier-<br>fähige Qualität . . . 2.50, | <b>150</b> | <b>Herren-Breeches</b><br>aus haltbarem Kord<br>. . . . . 9.75, 7.50,               | <b>5.-</b> |
| <b>Herren-Hosen</b><br>gestreifte, satlnartige<br>Qualitäten . . . . . 5.90, | <b>390</b> | <b>Herren-Knickerbocker</b><br>aus praktisch gemuster-<br>ten Cheviots . . . 7.50,  | <b>5.-</b> |
| <b>Herren-Hosen</b><br>moderne Streifen-<br>muster . . . . . 9.75            | <b>690</b> | <b>Herren-Knickerbocker</b><br>modern gemusterte Che-<br>viot-Qualitäten . . 12.50, | <b>975</b> |

**1 Posten Herren-Anzughosen 5.-**  
in vielen Farben, solange Vorrat . . . . . 12.50, 7.50

Breslau, Ohlauer Straße 71-73 .: Fernruf 568 54